

# 1 **Zukunftsfähiges NRW:**

## 2 **Grünes Wirtschaftswunder**

3 **Wir Grüne wollen, dass NRW zum Ausgangspunkt für die notwendige Grüne In-**  
4 **dustrielle Revolution wird. NRW kann mit seinen industriellen Stärken ein Kom-**  
5 **petenzzentrum für die Bewältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme sein.**  
6 **Und nur so kann es seine Chancen für zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze**  
7 **nutzen.**

8 **Wir Grüne treten konsequent dafür ein, mit nachhaltigem Wirtschaften dauer-**  
9 **haft unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir wollen Schluss machen mit**  
10 **maßlosem Raubbau, mit Verschwendung von Ressourcen und kurzfristiger Pro-**  
11 **fitgier. Wir wollen ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zu-**  
12 **sammenbringen und zu erfolgreichen Partnern machen.**

13 **Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und So-**  
14 **zialpolitik – den Green New Deal. Das heißt: Investieren in die Infrastrukturen**  
15 **der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuer-**  
16 **ten sozialen Ausgleich um so den schrittweisen Wandel unserer Wertschöp-**  
17 **fungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen kön-**  
18 **nen.**

19 **Unser Green New Deal schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen**  
20 **Erfolg heute und morgen.**

21 **NRW ist ein traditionsreiches Industrieland, historisch geprägt von Kohle, von**  
22 **Stahl- und Stromerzeugung, mit herausragenden Stärken unter anderem im An-**  
23 **lagenbau und in der Chemie. In einem Ranking der 27 EU-Staaten würde Nord-**  
24 **rhein-Westfalen, gemessen an der Wirtschaftsleistung, Platz 7 einnehmen,**  
25 **weltweit Platz 17. Es ist daher ein Land mit guten Voraussetzungen, um die**  
26 **nächste Stufe des Strukturwandels hin zu einer ökologisch und sozial geprägten**  
27 **Wirtschaft erfolgreich bewältigen und damit im internationalen Wettbewerb be-**  
28 **stehen zu können.**

29 **Die Zukunft der industriellen Arbeitsplätze in NRW, gerade der Exportwirt-**  
30 **schaft, hängt von einer verstärkten Orientierung auf Nachhaltigkeit, auf Klima-**  
31 **schutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz ab. Die Chancen für zukünf-**  
32 **tige Arbeitsplätze liegen zunehmend in den mittelständisch geprägten Betrie-**  
33 **ben, die in den weltweit wachsenden Märkten für Ressourcen- und energieeffi-**  
34 **ziente Techniken und Produkte hervorragende Chancen haben. Nur mit einer**  
35 **konsequenten Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaften sind wir gut gerüstet,**  
36 **um uns dem permanenten Standortwettbewerb, dem ganze Staaten und auch**  
37 **regionale Wirtschaftsräume in einer globalisierten Welt ausgesetzt sind, zu stel-**  
38 **len. Gleichzeitig tragen wir so dazu bei, den ökologischen Kollaps unseres Pla-**  
39 **neten abzuwenden.**

# 1. Nachhaltige Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik beruht auf dem Leitbild der nachhaltigen Wirtschaft. Sie basiert auf einer Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen Wenigen.

Um auf die vor uns liegenden Herausforderungen die richtigen Antworten zu finden, haben die alten ideologischen Lösungsmuster ausgedient. Weder mit den eindimensionalen Rezepturen neoliberaler Marktanbetung noch mit dem nicht minder naiven Glauben an eine allumfassende staatliche Planungs- und Steuerungsfähigkeit wird es gelingen, die vor uns liegenden Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Auch die einseitige Fixierung auf quantitatives Wirtschaftswachstum widerspricht den Erfordernissen für nachhaltiges Wirtschaften: wir brauchen einen kritischen Wachstumsdiskurs in der Gesellschaft. Aufgabe einer Politik, die auf nachhaltiges Wirtschaften setzt, ist es daher, wirtschaftspolitische Konzepte für qualitatives Wachstum zu erarbeiten.,

Erfolgreiche Marktwirtschaft braucht einen starken staatlichen Rahmen. Ein „entfesselter“ Kapitalismus zerstört nicht nur die ökologischen und sozialen Grundlagen, sondern, wie die Finanzmarktkrise gezeigt hat, auch die eigenen ökonomischen Grundlagen. Märkte ohne Regulierung sind ein gefährlicher neoliberaler Wunschtraum und enden in der Realität in Krisen oder Monopolstrukturen. Deshalb geht es nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ staatlicher Regulierung – nämlich für mehr Wettbewerb und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) statt für die Förderung von Monopolstrukturen, für die effiziente Nutzung statt für die Verschwendung natürlicher Ressourcen, für statt gegen Innovation und technologischen Fortschritt.

Mit Grüner Wirtschaftspolitik sind Staat und Gesellschaft hier stärker gefordert sind, transparent und dauerhaft einen Rahmen für unsere Marktwirtschaft auf der Grundlage einer klaren Werteorientierung zu setzen. Unser Leitbild ist nicht der Laissez-faire-Staat, der im Nachhinein seine Steuerzahler die Zeche zahlen lässt.

Zu Grüner Wirtschaftspolitik gehört deshalb auch die Erkenntnis, dass der Staat in der aktuellen Krise nicht jedes Unternehmen retten kann. Er würde sich finanziell übernehmen und den Wettbewerb grundlegend verfälschen. Hilfen für die Wirtschaft werden wir daran messen, ob sie einen sozial-ökologischen Umbau befördern oder nicht.

Sinnvoll regulierte Märkte sind ein effizientes Instrument., wenn es darum geht, Ressourcen effizient einzusetzen und Innovationen zu fördern. Für die Zukunft brauchen wir diese Dynamik, um die Produktivität unserer Wirtschaft im Hinblick auf den Energieverbrauch und die Nutzung der natürlichen Ressourcen grundlegend zu verbessern. Dafür ist es auch erforderlich, in Sektoren wie der Energiewirtschaft dem Wettbewerb wieder Geltung zu verschaffen und Monopole zu beseitigen.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass der Markt durch einen leistungsfähigen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor ergänzt wird.

## Privat vor Staat ist der falsche Weg

Die Landesregierung aus CDU und FDP hat es sich unter der Parole „Privat vor Staat“ zum Ziel gemacht, die Privatisierung in NRW auszuweiten und den Vorrang vor staatlicher Daseinsvorsorge einzuräumen. Das halten wir für falsch.

Im Gegenteil, mit ihrer Festlegung auf „Privat vor Staat“ hat sie alte, längst zugeschüttete Gräben wieder aufgerissen und Menschen gegeneinander in Stellung gebracht. Statt über ein modernes Schul- und Bildungssystem die Weichen für einen erfolgreichen Weg

1 NRWs in die moderne Wissensgesellschaft zu stellen, hält sie in unverantwortlicher Weise  
2 an einem auf Selektion ausgerichteten System fest und gefährdet damit die Zukunft un-  
3 serer Kinder, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

4 Und überall dort, wo die CDU-FDP-Landesregierung mit Hilfe eines konsequenten Eingrei-  
5 fens Monopole aufbrechen und mehr Wettbewerb schaffen könnte, geht sie auf Tauchsta-  
6 tion. In der Energiepolitik beispielsweise tritt sie zwar in ihren Hochglanzbroschüren für  
7 mehr Wettbewerb ein, ihr konkretes Handeln jedoch sieht anders aus. Da positioniert sie  
8 sich – sei es beim Emissionshandel, sei es bei der Zukunft der Kohlekraftwerke – strikt  
9 an der Seite der großen Konzerne. Die Streichung der Bestimmungen zu Erneuerbaren  
10 Energien und zur Energieeffizienz aus dem Landesentwicklungsprogrammgesetz durch  
11 Schwarz-Gelb ist ein überdeutliches Beispiel.

12 Die schwarz-gelbe Knebelung der Stadtwerke ist bundesweit einmalig und leitet das  
13 Sterben der Stadtwerke ein. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss darum  
14 wiederhergestellt und mit dem europäischen Recht konform gemacht werden. So wollen  
15 wir zur Herstellung eines echten Wettbewerbes auf dem Energiemarkt, den sich die vier  
16 großen Energieanbieter aufteilen, den kommunalen Stadtwerken umfassende Hand-  
17 lungsmöglichkeiten über gebiets- und Landesgrenzen hinaus eröffnen. Nur so sind Wett-  
18 bewerb und eine umweltfreundlichere Energiepolitik möglich.

19 Wir Grüne treten für eine Balance zwischen privater Unternehmenstätigkeit und öffentlich  
20 wie gemeinwirtschaftlich erbrachter Leistung ein. Wir wollen private Investitionen, wo sie  
21 möglich sind, und wollen öffentliche Daseinsvorsorge erhalten, wo es nötig ist. Der § 107  
22 ff der Gemeindeordnung muss so reformiert werden, dass Kommunen echte Wettbewerbs-  
23 strukturen herstellen können. Dies gilt für wichtige Produkte und Dienstleistungen, die  
24 ansonsten nicht im erforderlichen Umfang und / oder angemessenen Preis bereitgestellt  
25 werden können."

26 Wenn immer möglich und sinnvoll sollten zivilgesellschaftliche Organisationsmöglichkei-  
27 ten, insbesondere Genossenschaften, gestärkt werden. So sind z.B. kommunale und ge-  
28 nossenschaftliche Wohnungen ein wichtiges Instrument gegen soziale Ausgrenzung. Um  
29 ideologisch motivierte Privatisierungen zu verhindern, muss die schwarz-gelbe Änderung  
30 des § 107 GO NRW, der die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen stark einschränkt,  
31 wieder rückgängig gemacht werden.

32 Wir verteidigen das Recht der Kommunen, Gebietskörperschaften bereitzustellen und das  
33 Recht des Landes, selbst öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen, wo private Anbieter  
34 versagen. Besonders unterstützen wir den wachsenden Sektor sozialer und solidarischer  
35 Ökonomie. Genossenschaften, soziale Unternehmen und Regionalvermarktungsinitiativen  
36 machen Wirtschaft, ohne sich nur an der Rendite zu orientieren. Zu einer nachhaltigen  
37 Wirtschaft gehören soziale Arbeitsverhältnisse. Wir wollen, dass der Arbeitgeber "Land  
38 NRW" mit gutem Beispiel voran geht. Heute ist das Gegenteil der Fall: unter der  
39 CDU/FDP nimmt die Leiharbeit in der Landesverwaltung und den Landesbetrieben zu.  
40 Bereits im letzten Jahr wurden im Umfang von knapp 4 Mill. Euro Leiharbeitskräfte be-  
41 schäftigt, insbesondere in Bereichen, in denen gleichzeitig Stellen abgebaut wurden. Für  
42 uns ist Leiharbeit, bei der die Leiharbeiter schlechter bezahlt werden, als ihre KollegInnen  
43 und Kollegen, keine Alternative zu regulären Beschäftigungsverhältnissen.

#### 44 **Wissen ist die Zukunft**

45 NRW ist eine Region, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt weder aus  
46 der Realisierung eines niedrigen Lohnniveaus noch aus der besonderen Verfügbarkeit  
47 eines zukunftsweisenden Rohstoffes beziehen kann. Die Zukunft NRWs liegt vielmehr in  
48 der Erschließung der Ressource "Wissen". Dies bedeutet: Nur über die fortwährende Ent-  
49 wicklung von Innovationen werden Produkte und Dienstleistungen aus NRW auf den nati-  
50 onalen und internationalen Märkten bestehen können.

51 Für uns Grüne steht fest: Umweltfreundliche Technologie ist der Markt der Zukunft. Wir  
52 wollen NRW zu einer Marke für Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz machen. Mit  
53 diesem Profil werden unsere Unternehmen auch auf internationalen Märkten eine Vorrei-  
54 terrolle einnehmen und so zukunftsorientierte Arbeitsplätze anbieten können.

1 Gleichzeit ist NRW ein Land mit einem starken industriellen Kern. Der Anteil der indus-  
2 triellen Wertschöpfung ist in NRW überproportional hoch. Vor dem Hintergrund immer  
3 kürzerer Produktlebenszyklen bekommen Forschung und Neuentwicklungen einen immer  
4 höheren Stellenwert. Industrie und Wissen müssen enger zusammenwachsen.

### 5 **Mehr Anstrengungen für Qualifizierung und Forschung**

6 Gut qualifizierte Fachkräfte sind das Fundament der grünen Wirtschaft. Bereits heute  
7 stellen Ingenieure 30 Prozent aller Beschäftigten bei den grünnahen Dienstleistungen.  
8 Hier zeichnet sich ein gravierender Fachkräftemangel ab. Deutschland ist eines der  
9 Schlusslichter in Europa, denn schon jetzt kann jede zehnte Ingenieurin und jeder zehnte  
10 Ingenieur, die in Rente gehen, nicht nachbesetzt werden. Wir brauchen mehr Anstren-  
11 gungen bei der Ausbildung und einen leichteren Zugang zu Studiengängen statt Hürden  
12 wie Studiengebühren.

13 Um „grüne“ Fachkräfte zu gewinnen wäre es ein wichtiger Schritt, die Ausbildungsgänge  
14 der grünen Ökonomie zu bündeln und führende Köpfe grüner Forschung anzuwerben. Wir  
15 wollen, dass NRW einen international ausstrahlenden Forschungsschwerpunkt für „grüne  
16 Wissenschaften“ entwickelt. Dazu soll die Einrichtung eines grünen Forschungsschwer-  
17 punktes geprüft werden, der grüne Wissenschafts- und Technologiekompetenz bündelt.  
18 Um die Forschungskoooperation zwischen Hochschulen und Umwelttechnologieunterneh-  
19 men herzustellen oder zu intensivieren, soll die Profilierung eines geeigneten Technolo-  
20 gieparkes als „grüner Technologiepark“ erfolgen. Damit soll der Weg zwischen Grundla-  
21 genforschung und Anwendung verkürzt werden.

22 Auch in der beruflichen Ausbildung gibt es viel zu tun: In den vergangenen Jahren sind  
23 neue Ausbildungsprofile aus dem Feld der grünen Ökonomie entstanden. Hier braucht es  
24 eine entschiedene Initiative, um SchulabsolventInnen- auch aus bildungsfernen Verhält-  
25 nissen – klare Perspektiven zu bieten. Der Fachkräftemangel kann zur größten Wachs-  
26 tumsbremse für die grüne Wirtschaft werden. Gleichzeitig werden die Arbeitslosenzahlen  
27 als Folge der Krise wieder ansteigen. Arbeitskraftangebot und – nachfrage klaffen aus-  
28 einander. Das Land muss die Anstrengungen in der Fort- und Weiterbildung verstärken,  
29 um Fachkräften mit Erfahrung in traditionellen Zweigen neue Chancen zu bieten.

30 Darum wäre es aber auch fahrlässig, auf die Erfahrung der Generation der über Fünfzig-  
31 jährigen zu verzichten. Gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den  
32 Arbeitgeberverbänden, der Politik und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen werden  
33 wir Programme entwickeln, die Frühverrentung vermeiden und generationsübergreifende  
34 Belegschaften zum Ziel haben.

35 Durch Gesundheitsvorsorge und altersgerechte Arbeitsprozesse und -zeiten wollen wir  
36 den Arbeitsmarkt für alle Generationen öffnen und Erfahrung mit Innovation verbinden.  
37 Deshalb muss neben einer Verbesserung der Gesundheitsvorsorge die fortlaufende Wei-  
38 terbildung der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, um so Teilnahme am technischen  
39 Fortschritt und an neuen Arbeitsprozessen unabhängig vom Alter zu gewährleisten. Wich-  
40 tig sind uns auch Modelle mit flexiblem Übergang in den Ruhestand.

### 41 **Grüne Gesundheitswirtschaft ausbauen**

42 Gerade die Vielzahl von Krankenhäusern, Universitätskliniken sowie Einrichtungen und  
43 Praxen in der ambulanten Versorgung stellen einen bedeutenden Arbeitsmarkt in NRW  
44 dar. Die Landespolitik muss sich den Herausforderungen dieses Arbeitsmarktes stellen  
45 und zukunftsfähige Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei kommt Fragen der angemess-  
46 enen Entlohnung für gesundheits- und pflegebezogene Dienstleistungen, der Verbesse-  
47 rung der Arbeitsbedingungen sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesichts  
48 des schon bestehenden Fachkräftemangels eine immer größere Bedeutung zu.

### 49 **Umweltwirtschaftsprogramm für NRW**

50 NRW ist schon heute ein Hightech-Land des Umweltschutzes. Wir Grünen wollen mit neu-  
51 en umweltschonenden Technologien und umweltfreundlichen Produkten die Exportchan-  
52 cen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft weiter ausbauen. Wir sind davon überzeugt,  
53 dass hier die Märkte der Zukunft liegen. Ein Umweltwirtschaftsprogramm ist daher die  
54 beste Form der Wirtschaftsförderung für unser Land.

1 Wir wollen einen Produktionsprozess, der alle Stoffe effizient und schonend einsetzt.  
2 Denn gerade bei der Herstellung werden zurzeit noch große Mengen an Rohstoffen und  
3 Energie vergeudet. Hier bleiben viele Potenziale ungenutzt, die wir heben wollen: durch  
4 den Einsatz neuer Technologien, durch die Verwendung anderer Werkstoffe und Materia-  
5 len, aber auch durch schlichte Prozessoptimierung, d. h. durch eine Ressourcen schonen-  
6 de Neuorganisation der betrieblichen Abläufe.

7 Für uns ist dabei klar: Ressourceneffizienz bedingt niedrigere Stückkosten und führt so-  
8 mit zu einem grundlegenden Kostenvorteil. Denn: Wer z. B. bestimmte Emissionen oder  
9 Giftstoffe im Zuge der Produktion erst gar nicht entstehen lässt, der muss später auch  
10 nicht mit viel Geld in nachgeschaltete Filter- und Reinigungsanlagen investieren und wer  
11 seine Abwässer auffängt, sie reinigt und zur Wärmegewinnung einsetzt, kann bei der E-  
12 nergiebeschaffung gewaltig sparen.

13 Für uns bedeutet eine innovationsorientierte und moderne Umweltpolitik, von vornherein  
14 ökologische Folgeschäden der industriellen Produktion zu vermeiden, um so Umweltver-  
15 schmutzung zu bekämpfen. Eine solche Politik beinhaltet aktiv ambitionierte Umwelt-  
16 standards zu setzen sowie systematisch innovative Produkte und Produktionsverfahren  
17 zu fördern. Wir setzen auf eine moderne Umweltpolitik, die Energie und Ressourcen am  
18 effizientesten nutzt, schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren anbietet und mit  
19 anspruchsvollen Umwelttechnologien präsent ist, damit wir künftig auf den Weltmärkten  
20 eine Vorreiterrolle einnehmen.

21 Im Umweltschutz und in der Umwelttechnik sind in NRW mehr als 3.500 Unternehmen  
22 mit über 260.000 Beschäftigten aktiv. Damit liegt die Branche nach Umsatz und Mitarbei-  
23 terinnen und Mitarbeitern auf den vorderen Plätzen in NRW. Die Umweltwirtschaft be-  
24 steht vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen. Als Grüne haben wir in NRW in  
25 der Vergangenheit zu der bislang führenden Rolle in diesem Sektor beigetragen. Um die-  
26 se weltweite Führungsrolle beizubehalten und sogar auszubauen, ist es notwendig, dafür  
27 aktiv die Rahmenbedingungen zu verbessern.

28 Deshalb brauchen wir ein ehrgeiziges "Umweltwirtschaftsprogramm NRW", in dem Geset-  
29 ze, Förderprogramme und Beratung gebündelt werden. Darin wollen wir insbesondere  
30 fünf Leitmärkte für NRW entwickeln:

- 31 1. Energieeffizienz/Erneuerbare Energien
- 32 2. Rohstoff- und Materialeffizienz
- 33 3. nachhaltige Wasserwirtschaft
- 34 4. Kreislauf-/Entsorgungswirtschaftswirtschaft
- 35 5. Neue Mobilität

## 36 **Einstieg in die Ressourcenwirtschaft schaffen**

37 Der weltweite Ressourcenverbrauch ist von 1980 mit 40,6 Mrd. Tonnen bis zum Jahr  
38 2002 auf 55 Mrd. Tonnen angestiegen, Tendenz weiter stark steigend. Die Materialkosten  
39 der Industrie betragen 40-50 Prozent der Gesamtkosten.

40 Zentrales Element einer Grünen Politik ist daher eine auf Energie- und Ressourcenschutz,  
41 Schadstoff- und Abfallvermeidung ausgerichtete Produktionskette. Wir wollen zum einen  
42 langlebige und reparierbare Produkte aus umweltverträglichen Materialien, zum anderen  
43 Produkte, die biologisch abbaubar oder gut recycelbar sind. Dabei sollen die regionalen  
44 Stoffflüsse besonders berücksichtigt werden. Zur Erschließung der Material- und Roh-  
45 stoff-Potentiale soll ein Förderprogramm „Ressourcen-Contracting“ eingerichtet werden.

46 NRW wird im globalen Wettstreit um ökologische Innovationen nur bestehen können,  
47 wenn die diesbezüglichen Anstrengungen von Wissenschaft und Wirtschaft seitens der  
48 Politik durch innovationsfördernde Rahmenbedingungen flankiert werden. Dazu wollen  
49 wir u.a. Initiativen für Forschung und Lehre im Bereich der Ressourcen-Effizienz unter-  
50 stützen und diese in dem Netzwerk einer „virtuellen Ressourcen-Hochschule“ bündeln.  
51 Die erfolgreiche Effizienzagentur NRW wollen wir als flächendeckendes Angebot in NRW  
52 ausbauen. Das Ziel der Vermeidung ist nur durch konsequente Kreislaufwirtschaft, Res-  
53 sourceneffizienz und Umstellung der Produktions- und Produktpolitik erreichbar. Ziel ist,  
54 rohstoff- und energiearme Produkte zu entwickeln, deren Bestandteile geeignet sind, in  
55 biologischen und technischen Nährstoffkreisläufen zu zirkulieren und so gleichzeitig posi-

1 tive Effekte für Umwelt und Gesundheit haben. Dies bedeutet den starken Ausbau des  
2 produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutzes sowie die Förderung umwelt-  
3 freundlicher und innovativer Technologien, z.B. nachwachsender Rohstoffe. In diesem  
4 Sinne ist die Produktverantwortung der Hersteller über den gesamten Lebenszyklus eines  
5 Produkts auszubauen.

## 6 **Wirtschaftsförderung Grün denken**

7 Wir wollen die nordrhein-westfälische Wirtschaftsförderung mit ihrer Clusterpolitik neu  
8 ausrichten (Cluster sind Netzwerke von Produzentinnen und Produzenten, Zuliefererinnen  
9 und Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleisterinnen und Dienstleistern, Hand-  
10 werkerinnen und Handwerkern und verbundenen Institutionen mit einer gewissen inhalt-  
11 lichen und regionalen Nähe zueinander). Wir wollen die Nachhaltigkeitspotenziale in je-  
12 dem Cluster verbessern. Kriterien wie Energie- und Ressourceneffizienz, Umstieg auf er-  
13 neuerbare Rohstoffe, die Vermeidung und ggf. das Ersetzen von kritischen Stoffen und  
14 Emissionen, nachhaltig und langfristig ausgerichtetes Management, aber auch Familien-  
15 freundlichkeit sollen in alle Cluster Einzug halten.

16 Wir Grüne wollen die gesamte Wirtschaft grün fundieren. Zudem wollen wir eine Anpas-  
17 sung der Ziele, Maßnahmen und Werte der klassischen Wirtschaftsförderung an die ge-  
18 nannten Kriterien.

19 Weiteren Erneuerungsbedarf bei der Wirtschaftsförderung sehen wir insbesondere bei der  
20 Flächenbewirtschaftung, wo es zu deutlich weniger Versiegelung und zur Verringerung  
21 der Transportströme kommen muss, sowie beim Baurecht, das die Vorgaben zu Licht-  
22 und Wärmeeffizienz deutlich verschärfen muss. Sinnvolle Anreize zur Ansiedlung von neuen  
23 Unternehmen und zur Gewerbeflächen- ausweisung müssen durch eine neue Landesplanung 2025  
24 erfolgen. Momentan graben sich die Kommunen gegenseitig das Wasser ab. Der fortschreitende Flä-  
25 chenverbrauch durch neue Gewerbegebiete, während gleichzeitig frei werdende Grundstücke in be-  
26 stehenden Gewerbegebieten ungenutzt bleiben, steht einer nachhaltigen Flächennutzung entgegen.  
27 Die Subventionierung der Gewerbeflächenpreise in den Kommunen muss aufhören. Stattdessen sind  
28 intelligente und zeitgemäße Modelle zur Flächenbereitstellung zu entwickeln und in die Praxis umzu-  
29 setzen.

30

31 Grüne Beschaffung steht heute auch bei vielen Unternehmen ganz oben auf der Tages-  
32 ordnung, weil Rohstoff- und Energiekosten in der Industrie knapp 40 Prozent der Kosten  
33 ausmachen. Auch Bund, Länder und Gemeinden, die zusammengenommen der größte  
34 Einkäufer in der Bundesrepublik sind, haben hier einen enormen Hebel in der Hand, um  
35 Nachfrage zu erzeugen, Vorbildfunktion zu erfüllen und eigene Sparpotentiale zu heben.

36 Darum muss die Beschaffung des gesamten Bedarfs der Städte, Gemeinden und Landes-  
37 verwaltungen am Ziel der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.  
38 Einkaufsgemeinschaften zwischen Land und Kommunen können Marktmacht bündeln.  
39 Ziel der öffentlichen Beschaffung soll es sein, Benchmarks zu setzen, an denen sich Un-  
40 ternehmen und Haushalte orientieren können. Grundsätzlich wollen wir, dass die Landes-  
41 verwaltung sich am Ziel der klimaneutralen Verwaltung ausrichtet.

## 42 **Vorfahrt für kleine und mittlere Unternehmen**

43 In Teilen der Bevölkerung wird NRW vor allem mit großen Konzernen in Verbindung ge-  
44 bracht. Dies ist – auch wenn viele der 30 DAX-Unternehmen in NRW beheimatet sind –  
45 nur der kleinere Teil der Wahrheit. Denn NRW ist ein Land des Mittelstandes. 99,7 Pro-  
46 zent der nordrhein-westfälischen Unternehmen sind mittelständisch, also Unternehmen  
47 mit bis zu 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis 50 Millionen Euro. In diesen  
48 Unternehmen werden ca. 70 Prozent aller Arbeitsplätze und ca. 80 Prozent aller Ausbil-  
49 dungsplätze des Landes angeboten.

50 Die kleinen und mittleren Unternehmen sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unse-  
51 res Landes. Mit ihrer schlanken Planungs- und Produktionsstruktur verfügen sie über eine  
52 hohe betriebliche Flexibilität und sind so in der Lage, Markttrends schnell aufzugreifen  
53 und neue Produkte zu entwickeln. Gezielte Hilfestellungen wollen wir ihnen auch bei der  
54 Frage des Technologietransfers geben. Denn letztlich ist nicht die Produktion immer neu-

1 en Wissens das Problem, sondern die Transformation des verfügbaren Wissens unmittel-  
2 bar in die Unternehmen. Aus diesem Grund fordern wir die Vorhaltung von Patentscouts.  
3 Diese sollen die in den Patentdatenbanken verfügbaren Patente systematisch prüfen,  
4 anwendungsorientiert vorselektieren und über Auktionen und Börsen gezielt den kleinen  
5 und mittleren Unternehmen zugänglich machen.

6 Wir Grüne wollen in NRW bis 2012 auch in den ländlichen Regionen eine flächendeckende  
7 Breitbandversorgung realisieren, denn Unternehmen in Regionen, die von dieser Techno-  
8 logie abgeschnitten sind, werden zunehmend ins Hintertreffen geraten. Dort, wo Wirt-  
9 schaftlichkeitserwägungen der Anbieter Lückenschlüsse bislang verhindert haben, wollen  
10 wir Fördermittel der EU, des Bundes und – wenn erforderlich – auch des Landes bereit-  
11 stellen.

## 12 **Das Handwerk auf GRÜNEN Boden stellen**

13 Viele der kleinen und mittelständischen Unternehmen in NRW gehören dem Handwerk  
14 an. Wir GRÜNEN wissen, dass viele Handwerksbetriebe eine wichtige Rolle im Klima-  
15 schutz einnehmen.(...) Eine energieeffizient geplante Immobilie hilft der Umwelt und der  
16 effizienten Bereitstellung von Wirtschaftsgütern. Gerade in NRW mit seinem hohen Be-  
17 stand an sanierungsbedürftigen Bauten gibt es großen Nachholbedarf. Aber auch im Be-  
18 reich von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, von Wärmepumpen und cleveren Heizungs-  
19 systemen werden umwelt- und energiebewusste Produkte immer wichtiger. Auch hier  
20 werden kompetente HandwerkerInnen als Partner für Ihre Kunden benötigt. Wir wollen  
21 diese Partnerschaften fördern und ausbauen. Das Handwerk muss umwelt- und energie-  
22 bewusste Produkte liefern können die die Kunden wünscht. Gleichzeitig muss in der Aus-  
23 bildung zu Handwerksberufen und in der Weiterbildung die Bereiche Umwelt und Klima-  
24 schutz ins Zentrum rücken, da sie sich zunehmend zu einer wirtschaftlichen Standortfrage  
25 für Unternehmen entwickelt hat. (...)Immer mehr KundInnen wünschen Produkte die  
26 fair gehandelt und klimaverträglich produziert wurden. Diese Wünsche wollen wir fördern  
27 und ausbauen. Deswegen müssen im Bereich Ausbildung und Weiterbildung entschei-  
28 dende Weichen gestellt werden. Auch hier gilt: Fragen zur Umwelt und Klima müssen in das  
29 Zentrum der beruflichen Bildung mit aufgenommen werden. Handwerksbetriebe sind eine  
30 Stütze der lokalen und regionalen Wirtschaft, führen Gewerbesteuer an die Kommune ab  
31 und bieten vielen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. HandwerkerInnen bieten ihre  
32 Dienste meist vor Ort an und leben vor Ort, wissen somit über die regionalen Besonder-  
33 heiten bescheid. Deswegen fordern wir, dass bei öffentlichen Ausschreibungen die regio-  
34 nalen Handwerksbetriebe stärker berücksichtigt werden können. Nicht immer ist der bil-  
35 ligste Anbieter der günstigste!

## 36 **Kreditversorgung muss verlässlich sein**

37 Unternehmen brauchen verlässliche Partner in der Kreditwirtschaft. Dies gilt in besonde-  
38 rem Maße für kleine und mittlere Unternehmen, da sich diese nicht über den Kapital-  
39 markt finanzieren können und deshalb auf den klassischen Weg der Fremdfinanzierung,  
40 nämlich den Kredit, angewiesen sind. Sie brauchen Partner, die ihnen für Erweiterungs-  
41 investitionen oder Betriebsmittelfinanzierungen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.  
42 Sie brauchen Partner, die nicht in jedem Mittelständler ein erhöhtes Ausfallrisiko, sondern  
43 einen Aktivposten für die Region sehen, der langfristig auch aus Sicht der Bank eine att-  
44 raktive Geschäftsverbindung verspricht. Und sie brauchen Partner, die sich auch in Pha-  
45 sen konjunktureller Schwäche nicht aus der Kreditversorgung zurückziehen.

46 Wir stehen uneingeschränkt zum Hausbankenprinzip. Wir Grüne sagen: Die Kreditverga-  
47 be muss durch die Banken erfolgen. Dies ist ihre volkswirtschaftliche Aufgabe.

## 48 **Innovation ist nicht nur männlich, jung und deutsch**

49 Wirtschaftliche Dynamik ist das Produkt neuer Ideen. Neue Ideen kommen von innovati-  
50 ven Unternehmen sowie von Existenzgründerinnen und -gründern, die mit eben diesen  
51 neuen Ideen in den Markt eintreten. Damit diese Kette funktionieren kann, bedarf es  
52 gründungsfreundlicher Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein dichtes Netz ortsnaher Be-  
53 ratungsstellen, schnelle und unbürokratische Verfahren der Gewerbeanmeldung, grün-

1 dungsbegleitende Coachingangebote und die Verfügbarkeit passgenauer Mikrofinanzie-  
2 rungen, die bei Bedarf auch in Form von Stufenkrediten ausgegeben werden.  
3 NRW verfügt dank der Rot-Grünen Anstrengungen seit Mitte der 1990er Jahre über eine  
4 sehr gute Gründungsinfrastruktur. Die CDU-FDP-Landesregierung hat hier jedoch durch  
5 die Einführung der Startercenter sowohl Gründerinnen und Gründer als auch Gründungs-  
6 beraterinnen und -berater verunsichert. So konnte eine Einbindung der kommunalen  
7 Wirtschaftsförderungsgesellschaften erst durch massiven Druck aus den Regionen sicher-  
8 gestellt werden. Gänzlich außen vor blieben die zwischenzeitlich aufgelösten Regionalstel-  
9 len Frau und Beruf sowie die Beratungseinrichtungen für Migrantinnen. Dabei bestehen  
10 gerade bei Migrantinnen und Migranten besondere Gründungspotenziale, da diese in dem  
11 Schritt zur Selbstständigkeit eine Chance zu beruflicher Freiheit sowie sozialem Aufstieg  
12 sehen. Wir wollen deshalb bestehende Beratungs- und Förderungsangebote ausbauen,  
13 um mehr Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen  
14 zu können und insgesamt frauenorientierte Beratung wieder flächendeckend anbieten.  
15 Gesellschaftliche Vielfalt (Diversity) in den Belegschaften fördert neue innovative Lösun-  
16 gen und bringt ökonomischen Gewinn.

#### 17 Mehr Jobs und Karriere für Frauen

18 Der verstärkte Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt hat in der Vergangenheit zu gesell-  
19 schaftlichem Fortschritt und zu enormen Wachstumsschüben geführt. Doch nach wie vor  
20 findet man Frauen im Wesentlichen nur auf den unteren oder allenfalls mittleren Unter-  
21 nehmensebenen. Selbst top-qualifizierte Frauen des mittleren Managements schaffen es  
22 nur sehr selten bis ganz an die Spitze, so dass die Männer hier nach wie vor fast unter  
23 sich sind. Im Ergebnis werden so enorme Potenziale verschenkt, was vor dem Hinter-  
24 grund der demografischen Entwicklung in seinen Folgen immer gravierender wird. Alle  
25 Frauen müssen unabhängig von ihrem Bildungs- und Ausbildungsstand Zugang zu quali-  
26 fizierter Aus- und Fortbil-dung erhalten. Insbesondere Frauen ohne Schulabschluss und  
27 mit geringer Qualifizierung müssen den Zugang zu qualifizierter Aus- und Fortbildung  
28 erhalten. Firmen und Staat sind in der Verantwortung, diese Angebote zu schaffen. Frau-  
29 en, die nach Familienphasen in den Beruf zurückkehren, dürfen bei Eingliederungsmaß-  
30 nah-men und Qualifizierung nicht länger diskriminiert werden

31 Geradezu typisch ist die Situation in den Aufsichtsräten der großen Kapitalgesellschaften.  
32 Denn nur 4 Prozent der von Seiten der Anteilseigner zu besetzenden Aufsichtsratspositio-  
33 nen in börsennotierten Unternehmen sind derzeit mit Frauen besetzt. Deutschland nimmt  
34 damit beim Anteil der Frauen in Aufsichtsräten einen beschämenden drittletzten Platz im  
35 europäischen Ranking ein. Vor diesem Hintergrund halten wir die Einführung einer ver-  
36 bindlichen Quotenregelung für unverzichtbar, über die die Präsenz und Teilhabe von  
37 Frauen in diesen Gremien Schritt für Schritt erhöht wird. Dabei sollen bis 2013 zunächst  
38 25 Prozent, bis 2017 dann 40 Prozent und bis 2021 schließlich die Hälfte der Aufsichtsrä-  
39 te deutscher Aktiengesellschaften mit Frauen besetzt sein. Im Vorgriff auf die von uns  
40 angestrebte bundeseinheitliche Regelung wollen wir zum frühest möglichen Zeitpunkt  
41 entsprechende Maßnahmen für die landeseigenen und kommunalen Betriebe umsetzen.  
42 Wir Grüne wollen auch die Akzeptanz von Frauen in ehemals männerdominierten Hand-  
43 werksberufen fördern. Handwerkerin zu sein ist dank Grüner Politik heute kein Novum  
44 mehr. Nicht das Geschlecht ist entscheidend für einen Beruf, sondern nur die Fertigkeit.  
45 Allerdings bestehen weiterhin Vorurteile gegenüber Frauen in „typischen“ Männerberufen.  
46 Wünsche von jungen Frauen in männerdominierte Berufe zu gehen, wollen wir unterstüt-  
47 zen und fördern.

#### 48 **EU-Fördermittel in die sozial-ökologische Wirtschaft**

49 Die Fördergelder der EU sind eine wesentliche Finanzierungsquelle für die Wirtschaftsför-  
50 derung in NRW. Die Verwendung dieser Mittel wollen wir einem sozial-ökologischen  
51 Check unterziehen. Sie sollen konsequent dazu eingesetzt werden, um den sozial-  
52 ökologischen Umbau der NRW-Wirtschaft zu fördern.

53 Wir sind davon überzeugt, dass eine verstärkte Vergabe der EU-Fördermittel auf der  
54 Grundlage von Wettbewerben sinnvoll und richtig ist, wenn der Rahmen sozial und öko-  
55 logisch gesetzt ist. Wettbewerbe schaffen eine Anreizfunktion und führen dazu, dass die

1 Qualität der geförderten Projekte in der Breite zunimmt. Mit Hilfe von Wettbewerben las-  
2 sen sich die verkrusteten Strukturen der Vergangenheit mit ihrer "Leuchtturmphiloso-  
3 phie" und ihren "regionalen Förderseilschaften" aufbrechen. Unter dem Strich verkörpern  
4 sie ein Instrumentarium, das in seinem Charakter den Anforderungen einer modernen  
5 Wissensgesellschaft entspricht und insgesamt deutlich transparenter ist.

6 Doch hat es die CDU-FDP-Landesregierung bislang nicht verstanden, ihre richtige  
7 Grundsatzentscheidung handwerklich solide umzusetzen. So ist der Zeitraum zwischen  
8 Projekteinreichung und Bewilligungsbescheid zu lang. Außerdem erhalten jene, deren  
9 Projekte nicht berücksichtigt werden, keine qualifizierten Rückmeldungen mit der Folge,  
10 dass sie mit Blick auf zukünftige Projekteinreichungen nicht aus ihren Fehlern lernen  
11 können.

12 Wir Grüne wollen, dass die Mittel besser den Mittelstand erreichen. Für kleine und middle-  
13 re Unternehmen sind die Bewerbungsverfahren vielfach zu aufwendig. Zudem befürchten  
14 sie, mit der Einreichung ihrer Projektideen ihr besonderes Know-how an (in den Jurys  
15 vertretene) Wettbewerber zu verlieren. Nachbessern wollen wir durch die Einführung von  
16 "stand-by Wettbewerben". Mit dieser Wettbewerbsform sollen in Bereichen, die für NRW  
17 und das Profil seiner Wirtschaft besonders wichtig sind, Projektideen nicht nur zu be-  
18 stimmten Zeiten, sondern fristunabhängig im gesamten Förderzeitraum eingereicht wer-  
19 den können.

### 20 **Ruhrgebiet zu ökologischer Vorzeigeregion machen**

21 Das Ruhrgebiet hat das Zeug zu einer ökologischen Vorzeigeregion in Europa. Das vor-  
22 handene Know-how in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen und den Unternehmen  
23 des Ruhrgebietes, etwa für eine gesunde, lebenswerte Stadtregion mit einem guten öf-  
24 fentlichen Nahverkehr, mit umweltfreundlichen, dezentralen und erneuerbaren Energie-  
25 systemen wollen wir durch die Schaffung einer grünen Metropole Ruhr gezielt fördern.  
26 Dazu soll der Regionalverband Ruhr zu einer wirksamen Klammer der Städte werden. Zur  
27 besseren demokratischen Legitimation sollen die Verbandsversammlung und der Ver-  
28 bandsdirektor im Zuge der Kommunalwahl direkt gewählt werden.

### 29 **Touristische Potentiale nutzen**

30 Der Tourismus ist ein Zukunftsmarkt für NRW. Wir wollen vor allem die "Regionalität"  
31 und "Unverwechselbarkeit" der Landschaften in NRW als touristische Chance betonen und  
32 Geltung verschaffen, durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken  
33 und die Umwelt in ihrer jetzigen Form erhalten. Bei der Förderung regionaler touristi-  
34 scher Projekte müssen eine wirtschaftliche Tragfähigkeit über den Förderzeitraum hinaus  
35 und die Beachtung des Nachhaltigkeitsgedanken besser gewährleistet sein. Öffentliche  
36 Gelder für umweltzerstörende Investitionen dürfen heute nicht mehr fließen. Touristische  
37 Infrastruktur, insbesondere das landesweite Radwegenetz, muss in Verantwortung des  
38 Landes weiter aufgebaut und gepflegt werden. Das gemeinsame Tourismusmarketing für  
39 NRW muss weiter optimiert werden, um im nationalen und internationalen Wettbewerb  
40 wahrgenommen zu werden.

#### 42 **Wir wollen:**

- 44 • **dass NRW zum Ausgangspunkt für die notwendige grüne industrielle Revo-  
45 lution wird. Deshalb treten wir für ein ehrgeiziges "Umweltwirtschaftsprog-  
46 ramme NRW" ein, in dem Gesetze, Förderprogramme und Beratung gebün-  
47 delt und mit dem innovative Produkte und Produktionsverfahren gefördert  
48 werden;**
- 49 • **"grüne Fachkräfte" für die Arbeitsplätze der Zukunft ausbilden und so die  
50 technologische Vorreiterrolle unseres Landes auch in der „grünen Wirt-  
51 schaft“ der Zukunft sichern;**
- 52 • **die Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und der Ge-  
53 neration der über Fünfzigjährigen auf dem Arbeitsmarkt gezielt verbes-  
54 sern, denn ihre Kompetenz wird gebraucht;**
- 55 • **eine flächendeckende Breitbandversorgung gewährleisten, damit innovati-  
56 ve Unternehmen auch auf dem Land entstehen können;**

1  
2

- **die EU-Fördermittel an sozial-ökologischen Zielen orientieren.**

## 1 **2. Klimaschutz und bezahlbare Energie durch Energiewende**

2 **Der Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unsere Jahrhunderts.**  
3 **Wenn es nicht gelingt, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, be-**  
4 **fürchten Expertinnen und Experten teils katastrophale Folgen. Bereits jetzt sind**  
5 **weltweit negative Auswirkungen auf Ökosystem und Menschen sichtbar. Gerade**  
6 **die Bereiche Energie- und Stromerzeugung sind es, deren ökologischer Umbau**  
7 **in vollem Gange ist und weiter befördert werden muss. Traditionell ist NRW ein**  
8 **Land mit großen Unternehmen zur Energie- und Stromerzeugung. In den letzten**  
9 **Jahren hat sich zunehmend eine Industrie entwickelt, die Kernkompetenz bei**  
10 **alternativen Energien besitzt.**

11 **Im Energiesektor liegen die größten Einsparpotentiale an Treibhausgasen, die**  
12 **größten Potentiale für innovative und zukunftstaugliche Technologien und auch**  
13 **große Potentiale für die industriellen Arbeitsplätze der Zukunft. Doch diese Zu-**  
14 **kunftsmärkte sind nicht mehr standortgebunden. Wenn NRW die erneuerbaren**  
15 **Energien weiter blockiert und nur die Dinosaurier der Branche hofiert, werden**  
16 **hier die Arbeitsplätze der konventionellen Stromerzeugung langfristig ver-**  
17 **schwinden, die Jobs der Erneuerbaren Energien werden nicht neu entstehen.**  
18 **Sie wandern dorthin, wo sie gewollt sind, und wo die Bedingungen besser sind.**  
19 **NRW wird aus politischer Ignoranz langsam aber sicher de-industrialisiert. Eine**  
20 **verantwortbare Energiepolitik senkt dagegen die Treibhausgase, entwickelt er-**  
21 **neuerbare Energieträger und schafft bzw. erhält Arbeitsplätze.**

### 22 **Herausforderung Klimaschutz und Verknappung der Ressourcen**

23 Zwei Themen werden in den nächsten Jahrzehnten energiepolitisch dominieren: der Kli-  
24 maschutz und die vom Erdöl ausgehende Ressourcenverknappung. Die Bundesregierung  
25 hat das Ziel die Emissionen der Treibhausgase bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Auf dem  
26 G8 Gipfel im Juli 2009 in Italien hat sie zugesagt die Emissionen bis 2050 um 80 % zu  
27 mindern. Die Klimaforschung sagt uns, dass das nicht ausreichen wird, um die Erder-  
28 wärmung zu begrenzen. Notwendig ist eine Verminderung der Emissionen in den Indust-  
29 riestaaten von bis zu 90 oder sogar 95 Prozent gegenüber dem Stand von 1990.

30 Das heißt, mindestens die drei großen Bereiche Strom, Gebäude und Verkehr müssen bis  
31 2050 vollständig auf emissionsfreie Alternativen umgestellt sein. Die Stromerzeugung  
32 muss komplett auf regenerative Energien umgestellt, das Passivhaus als Standard für  
33 Neu- und zu sanierende Altbauten eingeführt und der Verkehr auf ökologisch verträgliche  
34 Formen und regenerative Elektromobilität ausgerichtet werden. Dies sind wirklich revolu-  
35 tionärere Veränderungsprozesse, aber sie sind überlebens-notwendig. Nur wir Grüne  
36 kämpfen mit aller Kraft dafür, diese Alternativen durchzusetzen.

37 Auch die dann noch übrig bleibenden zulässigen Emissionen werden wir nicht leichtfertig  
38 verbrauchen können. Es gibt sogenannte prozessbedingte Emissionen beispielsweise aus  
39 der Stahlerzeugung, der Zementindustrie, der Chemie, dem Anlagenbau und der Land-  
40 wirtschaft die zwar reduziert aber nicht völlig abgeschafft werden können. Für diese ab  
41 einem bestimmten Punkt nicht weiter zu reduzierenden Emissionen brauchen wir die  
42 verbleibenden geringen Freiräume.

### 43 **NRW Kompetenz in der Stromerzeugung geht verloren**

44 Fünf Jahre CDU-FDP Energiepolitik in NRW waren fünf verlorene Jahre für den Klima-  
45 schutz, für erneuerbare Energien, für die Kraft-Wärme Kopplung und für die Gebäudesan-  
46 nierung. Die genannten Herausforderungen spielen in der Politik der Landesregierung  
47 keine wirklich spürbare Rolle. Wer so fahrlässig mit den Zukunftspotentialen der Erneuer-  
48 baren Energien und der Effizienztechnik umgeht, verhindert technische Innovationen  
49 und verpasst Zukunftsmärkte. Andere im Wettbewerb mit NRW stehende Regionen  
50 Deutschlands und Europas gehen in diesen Bereichen intelligenter vor.

51 Nordrhein-Westfalen hat bis heute eine seiner technischen Kernkompetenzen in der  
52 Stromerzeugung durch Kohle-Großkraftwerke. Durch die wirtschaftlichen Erfordernisse,  
53 durch die Verknappung der Rohstoffe, aber auch durch eine ökologischere Politik werden

1 in den nächsten vierzig Jahren große Kohle-Kraftwerke durch dezentrale, erneuerbare  
2 Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden müssen. Und dann wird auch  
3 diese alte, bisher gefragte NRW Kompetenz immer unbedeutender. Die neuen Bereiche  
4 dezentraler mittelständischer Stromerzeugung (einschließlich der gesamten modernen,  
5 sich verändernden Verteilsysteme) werden die alten Kraftwerke ersetzen müssen. Diese  
6 neuen Kernkompetenzen sind aber nicht an die alten, historisch durch die Kohlevorräte in  
7 NRW begründeten Standorte gebunden. Deshalb droht NRW hier ein Verlust an Wissen  
8 und damit an Arbeitsplatzpotentialen, die von anderen Regionen gerne angenommen  
9 werden.

10 Die derzeitige NRW Landesregierung betreibt mit ihrem auf neue Großkraftwerke kon-  
11 zentrierten Einsatz, in Wirklichkeit eine Politik, die eine schleichende De - Industrialisie-  
12 rung Nordrhein-Westfalens zur Folge hat.

### 13 **Drei E-Strategie für das NRW-Klima 2020**

14 Drei E in der Energiepolitik stehen seit langem für Erneuerbare Energien, für bessere Effi-  
15 zienz, und für Energiesparen. Dies sind die Schlüsselbegriffe für die Reduzierung der  
16 Treibhausgase. Industrieregionen wie NRW haben hierbei große Bedeutung und vor allem  
17 eine Vorbildfunktion. Deshalb hat die Grüne Landtagsfraktion im Mai 2008 von der Firma  
18 EUtech unter dem Titel „NRW Klima 2020“ ein durchgerechnetes und mit konkreten Maß-  
19 nahmen hinterlegtes Energie- und Klimakonzept für NRW vorlegt. Die Studie kommt zu  
20 dem Ergebnis, dass "mit angemessenem Aufwand und großem politischen Willen" eine  
21 Reduzierung aller Treibhausgase um 25 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 (von 344 auf  
22 256 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>) in NRW möglich wäre. Sie zeigt auch, dass eine 40-prozentige  
23 Reduzierung der Treibhausgasemissionen in NRW bis 2020 möglich ist, dazu aber ganz  
24 besonders im Bereich der Energiewirtschaft „extreme Umstrukturierungen“ erforderlich  
25 sein würden. Wir Grüne in NRW haben diesen geforderten politischen Willen und kämpfen  
26 dafür, die Treibhausgase und damit die Folgen des Klimawandels zu reduzieren.

### 27 **Kraft-Wärme-Kopplung revolutioniert die Stromversorgung**

28 Der Bereich, in dem wir am dringendsten Investitionen brauchen, ist die Kraft-Wärme-  
29 Kopplung (KWK) – also die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme. Sie erreicht  
30 Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr, während die derzeit in NRW in Bau und Pla-  
31 nung befindlichen Kohle-Kondensationskraftwerke Wirkungsgrade von gerade einmal gut  
32 40 Prozent haben. Der Ausbau einer dezentralen Struktur mit hocheffizienten KWK-  
33 Anlagen ist deshalb einer der wesentlichsten Beiträge zur Erreichung der Klimaschutzzie-  
34 le. Deutschland plant bis 2020 deutschlandweit 25 Prozent des Stroms durch KWK zu  
35 erzeugen.

36 Obwohl NRW mit seiner Bevölkerungs- und Industriedichte hervorragende Voraussetzun-  
37 gen für eine hohe KWK-Quote besitzt, beträgt diese hierzulande nur etwa 10 Prozent und  
38 ist damit so niedrig wie der Bundesdurchschnitt. Beispiele einer konsequenten KWK-  
39 Ausbaupolitik in Ländern wie Dänemark und den Niederlanden zeigen, dass KWK-Quoten  
40 von über 50 Prozent möglich sind. In NRW zeigt die Stadt Lemgo, dass eine KWK Quote  
41 von 73 Prozent bei wettbewerbsfähigen Preisen für Strom und Wärme möglich ist. Verbal  
42 bekennt sich die NRW-Landesregierung immer wieder zum Ausbau der KWK, doch in der  
43 Praxis geschieht nichts. Sie agiert sogar geradezu lächerlich und sucht in einer gemein-  
44 samen Arbeitsgruppe mit EON und RWE in ausgewählten Zielgebieten nach Wärme-  
45 verbrauchern. Dafür hat die jetzige Landesregierung bereits 5 Jahre gebraucht, und will  
46 erst in der nächsten Legislaturperiode ein Gutachten zum Ausbau der Kraft-Wärme-  
47 Kopplung in NRW vorlegen.

48 NRW ist mit seiner dichten Besiedlung und energieintensiven Industrie herausragend für  
49 einen starken Ausbau der KWK geeignet. Deshalb fordern wir, dass NRW bis 2020 seinen  
50 KWK-Anteil an der Bruttostromerzeugung von jetzt 10 auf 33 Prozent steigert. Den Aus-  
51 bau der KWK sehen wir eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik zur Er-  
52 reichung der Klimaschutzziele.

### 53 **Gebäude dämmen, nicht die Umgebung heizen**

54 Das Heizen unserer Wohnungen verbraucht immer noch viel mehr Energie als dazu nötig  
55 wäre. Rund 85 Prozent der 8,3 Millionen Wohnungen in NRW haben einen energetischen

1 Sanierungsbedarf, das heißt, sie könnten mit einer besseren Wärmedämmung und ande-  
2 ren baulichen Veränderungen wesentlich weniger Energie verbrauchen. Beim derzeitigen  
3 Tempo der Sanierung wird es mehr als 100 Jahre dauern, bis der gesamte Wohnungsbe-  
4 stand einmal durchsaniert ist. Da mit einer Sanierung bis zu 70 Prozent der Heizkosten  
5 eingespart werden können, kann dies auch dabei helfen, den Kaufkraftabfluss für teure  
6 Öl- und Gasimporte (derzeit über 60 Mrd. Euro jährlich in Deutschland) erheblich zu ver-  
7 mindern.

8 Die Zahl der energetisch sanierten Wohnungen in NRW ist im letzten und vorletzten Jahr  
9 gegenüber 2006 deutlich zurückgegangen, die Sanierungsrate liegt zurzeit bei weniger  
10 als ein Prozent des Gebäudebestandes pro Jahr. Gerechnet auf die Einwohnerzahl ran-  
11 gierte NRW 2007 in diesem Bereich abgeschlagen auf dem siebten Platz unter den zehn  
12 West-Ländern – weit hinter den Spitzenreitern Baden Württemberg, Schleswig-Holstein  
13 und Bayern. Die Landesregierung unternimmt dagegen nichts. Eigene Akzente, die über  
14 Beratungsangebote hinausgehen, gibt es praktisch nicht.

15 Der energetischen Gebäudesanierung kommt eine zentrale Rolle für den Klimaschutz,  
16 aber auch bei der Reduzierung von Energiekosten zu. Wir Grüne streben eine Erhöhung  
17 der jährlichen Sanierungsquote von derzeit deutlich unter einem auf drei Prozent erhö-  
18 hen. Wir wollen die Sanierung von etwa 200.000 Wohnungen pro Jahr unterstützen. Vor  
19 dem Hintergrund rückläufiger Neubautätigkeit ist die Gebäudesanierung gerade für das  
20 Bauhandwerk ein gut angelegtes Konjunkturprogramm. Weitere Maßnahmen zur Redu-  
21 zierung des Wärmebedarfs sind die Förderung des Ausbaus von Nahwärmenetzen im Be-  
22 stand sowie die Verabschiedung eines Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes (EWärmeG) nach  
23 dem Vorbild von Baden-Württemberg. Für den Neubaubereich soll der Passivhausstan-  
24 dard verbindlich werden. Bei der Sanierung von landeseigenen Gebäuden dient der Pas-  
25 sivhausstandard als Orientierung. Eine Abweichung von dieser Norm muss im Einzelfall  
26 begründet werden.

### 27 **Weniger Strom verbrauchen**

28 Bis 2020 ist eine Reduzierung des Stromverbrauchs um durchschnittlich 17 Prozent mög-  
29 lich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dieses Potential vollständig ausgenutzt wird.  
30 Dabei gibt es die größten Einsparmöglichkeiten im Bereich der Privaten Haushalte (minus  
31 33 Prozent). Insbesondere ist der Ersatz eines Großteils der rd. 450.000 elektrischen  
32 Nachtspeicherheizungen in NRW bis 2020 ein entscheidendes Handlungsfeld zur Errei-  
33 chung dieses Einsparziels. Aber auch die Modernisierung von Haushaltsgeräten und Ge-  
34 bäudetechnik oder auch der Einsatz von Energiesparlampen tragen zum Stromsparen bei  
35 und sollen durch das Land NRW unterstützt werden. Wir wollen, dass es auch Menschen  
36 mit sehr geringem Einkommen ermöglicht wird, sich Energiespargeräte anzuschaffen.

### 37 **Sonne, Wind und Wasser machen die Energie der Zukunft**

38 Wir Grüne fordern, dass NRW seine Anstrengungen beim Ausbau der dezentralen Ener-  
39 gieversorgung mit Erneuerbaren Energien deutlich steigert. Der Beitrag dieser Energie-  
40 form wird sich in NRW bis 2020 vervielfachen, liegt aber immer noch deutlich unter den  
41 Zielen für Deutschland. Nach unserem Willen sollen die Energieträger der Zukunft, basie-  
42 rend auf Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, bis 2020 einen Anteil von mindestens 22  
43 Prozent an der Stromerzeugung erreichen. Uns geht es um den Ausbau aller Formen der  
44 Erneuerbaren Energien. Jedoch sind deutliche Unterschiede im Wachstum in den nächs-  
45 ten Jahren zu erwarten.

46 In NRW kann sich der Anteil der Windenergie an der Stromproduktion bis 2020 gegen-  
47 über heute auf 15 Prozent verfünffachen. Das ist eine Verfünffachung der heutigen Wind-  
48 stromproduktion. Die Windkraft besitzt in NRW mit großem Abstand vor den anderen  
49 Erneuerbaren Energien das größte bis 2020 erschließbare Potential. Diese Steigerung ist  
50 durch den Ersatz älterer kleiner Anlagen durch neue leistungsstärkere Windkraftwerke  
51 (Repowering) und eine Ausweitung der Windkraftkonzentrationszonen von derzeit 0,85  
52 Prozent auf 1,5 Prozent der Landesfläche möglich. Um das Ziel zu erreichen, müssen vor  
53 allem die Höhenbeschränkungen aufgegeben werden, wie sie heute in NRW vielerorts  
54 vorhanden sind. Die Entscheidung über die Windkraft Konzentrationsflächen soll bei den  
55 Kommunen bleiben, aber unsinnige Restriktionen durch die Landesregierung wie die  
56 grundsätzliche Ausweisung von Wald als Tabuzone müssen aufgehoben werden.. Der  
57 Vorrang für erneuerbare Energien muss wieder im Landesplanungsrecht fortgesetzt wer-

1 den. Die gleichzeitige Erzeugung von Wärme wäre allerdings keine Rechtfertigung für den  
2 Bau neuer Kohlekraftwerke. Neuinvestitionen müssen in neue Technologien gehen, um  
3 von den fossilen und atomaren Brennstoffen weg zu kommen.

4 Für uns Grüne ist eine Politik des Abschiebens der Verantwortung für den Ausbau der  
5 Erneuerbaren Energien nach dem Motto: „Windkraft in der Nordsee und Solarenergie in  
6 der Sahara“ nicht akzeptabel. Windparks in der Nordsee und Großprojekte in der Sahara  
7 sind mit Milliardeninvestitionen nur für die großen Stromkonzerne machbar und sind kein  
8 Ersatz für die dezentrale und mittelständische Stromerzeugung über die Erneuerbaren  
9 Energien.

10 Sogar nach dem Willen der Bundesregierung sollen die Erneuerbaren Energien in den  
11 kommenden 10 Jahren einen Anteil von mindestens 30 Prozent an der Stromerzeugung  
12 in Deutschland übernehmen. Dieser Ausbau kann aber in 2020 nicht enden, sondern  
13 muss nach dem Willen der Grünen in den nächsten Jahrzehnten bis zur Vollversorgung  
14 mit Erneuerbaren Energien fortgesetzt werden. Durch die Schaffung einer dezentralen  
15 Versorgungsstruktur mit intelligenten Netzen entstehen völlig neue Kompetenzbereiche  
16 und Arbeitsplätze in der Stromwirtschaft. Ein Beispiel ist die Kooperation von VW und  
17 Lichtblick. Mittels moderner Kommunikationstechniken können Produktion und Verbrauch  
18 effizient abgestimmt, überschüssiger Strom durch neue Verfahren gespeichert und bei  
19 Bedarf wieder abgegeben und durch intelligente Zähler transparent abgerechnet werden.  
20 Wir wollen NRW von einer Region der 1.000 MW Kohlekraftwerke in eine Modellregion der  
21 dezentrale Stromversorgung mit intelligenter Netze („Smart Grids“) verwandeln.

## 22 **Strom und Wärme durch Sonne, Erdwärme und Biomasse**

23 Neben der Windenergie besitzen in NRW auch Sonne, Erdwärme und Biomasse ein be-  
24 achtliches Potenzial zur Energieerzeugung. Bis 2020 können sie zusammen mindestens 7  
25 Prozent des Strombedarfs in NRW decken. Die Erschließung dieses Potenzials ist ohne  
26 den Fortbestand des von den GRÜNEN durchgesetzten Erneuerbaren-Energien-Gesetz  
27 (EEG) nicht vorstellbar.

28 Bei der Biomasse gilt es, das große Potenzial der bisher ungenutzten Pflanzen- und Bio-  
29 abfälle aus Haushalten, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe gezielt für die Energieer-  
30 zeugung zu nutzen. So wird bisher nur ein Bruchteil des kommunal eingesammelten Bio-  
31 abfalls zur Strom- und Wärmeproduktion über Biogas eingesetzt. Hinzu kommen der na-  
32 turverträgliche Anbau von Energiepflanzen in Mischkulturen zur Erzeugung von Biogas  
33 und die Nutzung großer Mengen bisher ungenutzter Resthölzer als Hackschnitzel und  
34 Holzpellets aus unseren Wäldern. Damit in NRW die regional sehr unterschiedlichen Poten-  
35 ziale der Biomasse identifiziert und erschlossen werden können, muss das Land verstärkt  
36 entsprechende Studien auf regionaler und lokaler Ebene fördern und Projekte anstoßen.

37 Der Boom der Fotovoltaik, der Stromerzeugung aus der Sonne, macht schon heute aus  
38 zehntausenden Dächern in NRW kleine Kraftwerke, die mehr Strom erzeugen können als  
39 das Haus verbraucht. Absehbar wird Solarstrom günstiger als der Strom vom Versorgers  
40 sein, so dass Millionen von Solardächern in NRW heute keine Utopie sondern unser politi-  
41 sches Ziel sind.

42 Im Wärmebereich hat GRÜNE Politik solarthermischen Anlagen, Holzpelletheizungen und  
43 effizienten Wärmepumpen Einlass in zehntausende Häuser verschafft. Nun gilt es, in  
44 NRW den Erneuerbaren Energien bei den Heizungen mit einem Erneuerbaren-Wärme-  
45 Gesetz für Alt- und Neubauten den breiten Durchbruch zu ermöglichen. Was CDU und  
46 FDP in Baden-Württembergs längst beschlossen haben, wird von der gleichen Koalition in  
47 NRW seit Jahren blockiert. Damit wollen wir Schluss machen.

## 48 **Kohle und Atom verhindern den Klimaschutz**

### 49 **Kohlekraftwerke stehen gegen erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-** 50 **Kopplung**

51 Wenn die Entwicklung weiter läuft wie bisher, wird die Leistung des fossilen Kraftwerks-  
52 parks durch Neubauprojekte und den Weiterbetrieb von Bestandsanlagen von heute 28  
53 Gigawatt auf 32 im Jahr 2020 zunehmen. Gleichzeitig will die Bundesregierung die CO2  
54 Emissionen um 40 Prozent absenken. Das kann nicht beides funktionieren. Ein Neubau

1 von Kohlekraftwerken ist zur Deckung des Strombedarfs in 2020 nicht erforderlich. Im  
2 Gegenteil: Die Konkurrenz der Stromproduktion aus Kohlekraftwerken wird den aus Kli-  
3 maschutzgründen unerlässlichen Ausbau der Kraft-Wärme gekoppelten Stromerzeugung  
4 verhindern und damit die Erreichung der Klimaschutzziele unmöglich machen. Dies gilt  
5 erst recht für den Zeitraum nach 2020, wenn das Ziel einer Emissionsminderung um 80  
6 Prozent durch Kohlekraftwerke, die in den nächsten Jahren in Betrieb gehen und mindes-  
7 tens 50 Jahre laufen werden, kaum mehr zu erreichen sein wird. Deshalb setzen wir uns  
8 wie viele Menschen in NRW auch gegen den Neubau von Kohlekraftwerken ein. Während  
9 in Kopenhagen die Staats- und Regierungschefs von 192 Staaten um gemeinsame Klima-  
10 schutzziele rangen, hat die Regierung Rüttgers den Klimaschutz kurzerhand aus der Lan-  
11 desentwicklungsplanung gestrichen, um den Bau von neuen Kohlekraftwerken rechtlich  
12 abzusichern. Hier wurde wieder einmal der Klimaschutz den Profitinteressen der großen  
13 Energiekonzerne geopfert. Wir wollen diese Streichung rückgängig machen und setzen  
14 uns dafür ein, dass in NRW verbindliche Klimaschutzziele festgeschrieben werden. Dazu  
15 gehört auch, dass der Klimaschutz als Aufgabe im Umweltministerium verankert wird und  
16 nicht wie bisher im Wirtschaftsministerium.

### 17 **CO<sub>2</sub> gehört nicht unter Tage**

18 Die Abscheidung der CO<sub>2</sub>Emissionen aus den Verbrennungsabgasen (Sequestrierung) und  
19 deren Einlagerung unter Tage (Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS) sollen  
20 nach den Wünschen der großen Energieversorger die Fortsetzung der Kohleverstromung  
21 in NRW gewährleisten. Dagegen leisten wir entschiedenen Widerstand. Da in Nordrhein-  
22 Westfalen keine geeigneten Lagerstätten zur Verfügung stehen, beabsichtigt die Landes-  
23 regierung, das in NRW anfallende CO<sub>2</sub> über eine Entfernung von ca. 500 km zu transpor-  
24 tieren und in Schleswig-Holstein endzulagern. Allein für den Transport des aus der  
25 Braunkohleverstromung stammenden CO<sub>2</sub> wären acht Pipelines mit einem Durchmesser  
26 von 800 mm erforderlich. In Schleswig-Holstein gibt es verständlicherweise deutlichen  
27 Widerstand gegen dieses Vorhaben der NRW-Landesregierung. Schließlich wollen die  
28 Norddeutschen ihr Bundesland nicht zum CO<sub>2</sub>-Mülleimer andere Länder machen. Auch in  
29 NRW wird es massiven Widerstand gegen die Verlegung von CO<sub>2</sub> Pipelines geben. Alleine  
30 die Braunkohle in NRW emittiert täglich 255 000 Tonnen CO<sub>2</sub>, eine Million Tonnen alle  
31 vier Tage. Derartige Mengenströme unterirdisch sicher für eine Million Jahre zu lagern, ist  
32 außerhalb technischer Realitäten. Dabei ist heute noch mehr als fraglich, ob diese Tech-  
33 nik überhaupt funktionieren wird. Sicher ist nur, dass enorme Umrüstungen an den vor-  
34 handenen Kraftwerken vorgenommen werden müssten, die einem Neubau in Kosten und  
35 Aufwand gleich kämen. Die ohnehin schon schlechten Wirkungsgrade dieser Kraftwerke  
36 würden nochmals erheblich sinken und noch mehr CO<sub>2</sub> erzeugt werden. Mit CCS und der  
37 damit verbundenen unterirdischen Lagerung gäbe es, wie bereits beim Atommüll, ein  
38 weiteres Endlagerproblem für die Ewigkeit, welches wir nachfolgenden Generationen hin-  
39 terlassen würden. Zu einem sozialverträglichen Auslaufen der Braunkohleverstromung bis  
40 spätestens 2045 gibt es deshalb keine Alternative. Der Aufschluss neuer Braunkohlela-  
41 gebäude einschließlich der Errichtung neuer Kraftwerke ist nicht mit den Zielen des Klima-  
42 schutzes und den Erfordernissen einer nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik.

### 43 **Klare Verantwortung für Bergbauschäden**

44 Wir GRÜNE stehen zum beschlossenen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau. Eine Revisi-  
45 on des Ausstiegs und einen aus Steuermitteln finanzierten dauerhaften Sockelbergbau  
46 lehnen wir ab. Wir werden darauf achten, dass für die Alt- und Ewigkeitslasten des Stein-  
47 und Braunkohlebergbaus nicht die vom Bergbau betroffenen Menschen und Kommunen  
48 oder die SteuerzahlerInnen aufkommen müssen sondern die Verursacher bzw. ihre  
49 Rechtsnachfolger. Das gilt auch für die Schäden, die nach Einstellung des Bergbaus durch  
50 den Wiederanstieg des Grundwassers entstehen. Die Bergschäden, die die für den Braun-  
51 kohleabbau erforderliche weiträumige Grundwasserabsenkung verursacht, sind bisher  
52 viel zu wenig beachtet worden. Deshalb muss nach dem Beispiel der unabhängigen  
53 Schlichtungsstelle für Bergschäden im Steinkohlebergbau eine solche auch in der Braun-  
54 kohle eingerichtet werden. Wir treten ein für eines umfassend modernisiertes Bundes-  
55 berggesetz, das den zehntausenden in NRW von Bergschäden betroffenen Menschen er-  
56 heblich mehr Rechte einräumen würde als bisher. So wollen wir z. B., dass Bergbauun-

1    ternehmen und nicht die Betroffenen nachvollziehbar nachweisen müssen, ob ein Gebäu-  
2    deschaden durch den Bergbau verursacht ist oder nicht.

### 3    **Kein Ausstieg aus dem Ausstieg**

4    Beinahe im Wochenrhythmus werden von Mitgliedern der NRW-Landesregierung oder der  
5    Regierungsfraktionen Forderungen nach Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erho-  
6    ben, obwohl in NRW seit 15 Jahren kein AKW mehr am Netz ist. Selbst der Neubau von  
7    AKW wird von der FDP inzwischen nicht mehr ausgeschlossen. Mit zukunftsfähiger Ener-  
8    giepolitik und Klimaschutz hat das nichts zu tun, denn selbst für kühnste Atomlobbyisten  
9    ist klar, Atomkraft wird in NRW auf absehbare Zeit keine Rolle spielen.

10   Schon einmal in den 1970er und 1980er Jahren suchte eine NRW-Landesregierung ihr  
11   Heil in der Atomkraft. Mit Milliardensubventionen aus Steuergeldern wurden die bekann-  
12   ten Atom-Abenteuer in Kalkar, Hamm-Uentrop und Jülich finanziert, ohne dass diese Pro-  
13   jekte einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung geleistet hätten. Die Beseiti-  
14   gung dieser Altlasten wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen und Milliarden Euro kos-  
15   ten. Wir Grüne meinen: Statt sich aus der Verantwortung zu stehlen, müssen sich die  
16   Stromkonzerne an diesen Kosten beteiligen.

17   Mit der Urananreicherungsanlage Gronau und dem Brennelementezwischenlager in Ahaus  
18   befinden sich in NRW allerdings zwei wichtige Glieder der atomaren Brennstoffkette. De-  
19   ren Betrieb wollen wir so schnell wie möglich beenden.

## 20   **Neue Wege in der Energiewirtschaft**

### 21   **Einnahmen aus dem Emissionshandel müssen nach NRW zurückfließen**

22   44 Prozent der vom Emissionshandel in Deutschland erfassten Emissionen entstehen in  
23   NRW. Daher werden auch von den in Zukunft zu erwartenden Einnahmen des Bundes in  
24   Höhe von 10-12 Mrd. € jährlich etwa 5 Mrd. € aus NRW kommen. Statt sich dafür einzu-  
25   setzen, dass diese Mittel für Klimaschutzmaßnahmen auch in unser Land fließen, hat die  
26   Landesregierung über Jahre auf EU- und Bundesebene alle Kraft darauf verwandt, dass  
27   die Strom-Konzerne die Rechte weiterhin kostenlos geschenkt bekommen. Wir Grüne  
28   verfolgen eine andere Politik. Wir wollen einen angemessenen Anteil der Einnahmen aus  
29   dem Emissionshandel für die notwendigen Maßnahmen zur Gebäudesanierung, zum Aus-  
30   bau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur Energieeinsparung einsetzen.

### 31   **Energie muss bezahlbar bleiben**

32   Hohe Energiepreise sind eine sozialpolitische Herausforderung, denn sie treffen vor allem  
33   Menschen mit geringem Einkommen. Eine Grundversorgung mit Energie, die zum Leben  
34   und zur sozialen Teilhabe am Leben unerlässlich ist, muss sichergestellt werden. Die gel-  
35   tenden Tarife der Stromanbieter sind weder ökologisch noch sozial. Einerseits können  
36   sich immer mehr Menschen selbst einen Mindestverbrauch nicht mehr leisten. Anderer-  
37   seits wird hoher Energieverbrauch vielfach noch durch die Tarifgestaltung belohnt Das  
38   muss sich ändern. Wir wollen eine Tarifgestaltung, die einen geringen Energieverbrauch  
39   begünstigt. Darüber hinaus brauchen wir ein Verbot von Gas- und Stromsperrern für ein-  
40   kommensschwache Haushalte, die regelmäßige Anpassung der ALG-II-Sätze an die stei-  
41   genden Energiekosten und eine aufsuchende Energieberatung.

### 42   **Mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft**

43   Die Energiepolitik in NRW ist von einer mittelstandsfeindlichen Struktur geprägt. In der  
44   Gas- und Stromversorgung findet Wettbewerb praktisch nicht statt. Neue Marktteilneh-  
45   mer werden beim Marktzutritt behindert. Die Konsequenz der Dominanz von EON und  
46   RWE ist der fehlende Wettbewerb, daraus folgen überhöhte Preise, eine unzureichende  
47   Innovationsdynamik und massive Behinderungen beim Ausbau erneuerbarer Energien.  
48   Was wir brauchen sind wettbewerbsfördernde Maßnahmen und keinen unter der ideologi-  
49   schen Fahne "Privat vor Staat" geführten Kreuzzug gegen die Stadtwerke.

### 50   **Trennung von Netz und Erzeugung**

51   Die Energieerzeugung aus erneuerbare Energien unterliegt Schwankungen. Deswegen  
52   müssen die Energienetze wachsen und intelligenter werden. „Super grids“ können lokale  
53   und regionale Fluktuationen ausgleichen und Zugang zu großen Stromspeichern ermögli-  
54   chen. „Smart grids“ ermöglichen eine dezentrale Einspeisung und Speicherung und kön-

1 nen Anreize bieten die Nachfrage effizient anzupassen. Die heutigen Hochspannungsnetze von RWE und EON sind veraltet und auf zentrale Atom- und Kohlekraftwerke ausgelegt. Die Energieversorger haben kein Interesse daran das zu ändern.

4 Was wir brauchen ist eine Trennung von Stromerzeugung und Höchstspannungsverteilung, ist eine Trennung des Gashandels vom Besitz der Gashochdrucknetze. Wir brauchen eine von den Energiekonzernen unabhängige Netzgesellschaft. So wie die Autobahnen nicht BMW und Daimler gehören so sollten auch die Netze nicht EON und RWE gehören. Sie sollten allen Marktteilnehmern ohne Zugangsbehinderungen zur Verfügung stehen. EON und Vattenfall haben beim Stromübertragungsnetz den ersten Schritt gemacht, RWE und EnBW müssen folgen. Dafür setzen wir uns ein.

### 11 **Entflechtung der Stromkonzerne**

12 Auch nach einer Abtrennung der Netze würde der Markt weiter von den genannten vier Oligopolisten (RWE, EON, EnBW und Vattenfall) dominiert, weil sie über mehr als 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten verfügen. Echter Wettbewerb setzt deshalb eine weitergehende Entflechtung der Stromkonzerne voraus. **Der Vorschlag aus Hessen**, die Konzerne gesetzlich zur Abgabe von Kraftwerken zu zwingen ist ein sinnvolles Instrument, um die notwendige Entflechtung der Konzerne voranzubringen.

### 18 **Stadtwerke stärken – den Wettbewerb fördern**

19 Wettbewerb auf dem Energiemarkt braucht starke neue Akteure. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat tausende KWK-, Solar- und Windanlagenbetreiber zu Energieunternehmen gemacht. Diesen Trend wollen wir durch Unterstützung der Kommunen, z.B. bei der Erstellung sogenannter Solardachkataster, und verlässliche Rahmenbedingungen fortführen. Außerdem wollen wir die kommunalen Stadtwerke als Wettbewerber am Markt stärken. Wir lehnen neue Beteiligungen der vier großen Energiekonzerne an kommunalen Stadtwerken ab und unterstützen Initiativen des Bundeskartellamtes hinsichtlich der Verpflichtung zum Verkauf von Stadtwerke-Anteilen. Vor diesem Hintergrund ist es begrüßenswert, wenn in Städten und Gemeinden in NRW zunehmend über eine Re-Kommunalisierung der Energieversorgung nachgedacht wird. Wir werden diese Entwicklung fördern und unterstützen.

#### 31 **Wir wollen:**

- 32 • **in der Energiepolitik alle Zeichen auf die drei E-Strategie setzen (Erneuerbare , Effizienz, Energiesparen). Dies sind die Schlüsselbegriffe für die Reduzierung der Treibhausgase und für die Wirtschaftskompetenz der Zukunft;**
- 33 • **ein Erneuerbares-Wärme-Gesetz (EwärmeG) nach Baden-Württemberg Vorbild, damit Klimaschutztechnik auch in Altbauten zum Einsatz kommt;**
- 34 • **durch die Sanierung der vielen Millionen Altbauten in NRW Energie einsparen und effizienter nutzen sowie für den Einsatz Erneuerbarer Energien besondere Anreize setzen;**
- 35 • **den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung als eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik zur Erreichung der Klimaschutzziele und wollen deren Anteil bis 2020 von jetzt 10 auf 33 Prozent steigern;**
- 36 • **den Ausstieg aus der Atomenergie und langfristig den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern;**
- 37 • **die Stromkonzerne entflechten und mehr Wettbewerb in den Energiemarkt bringen;**
- 38 • **die Gründung und den Erhalt von nachhaltig ausgerichteten Stadtwerken und dezentralen Energieversorgungsstrukturen unterstützen;**
- 39 • **keine CCS-Experimente zu Lasten anderer Bundesländer und nachfolgender Generationen.**

### 1 **3. Zukunft sozial gerecht und solide finanzieren**

2 **Wir Grüne wollen eine Haushalts- und Finanzpolitik, die sozial gerecht ist und**  
3 **die gegenüber zukünftigen Generationen Verantwortung zeigt. Die Zukunftsfähigkeit**  
4 **der Finanzpolitik ist nur gegeben, wenn es ihr gelingt die ökologische**  
5 **und soziale Substanz des Landes auszubauen und die natürlichen Lebensgrund-**  
6 **lagen zu erhalten. Dazu wollen wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum für einen**  
7 **ökologischen Umbau fördern sowie in Bildungs- und Chancengerechtigkeit in-**  
8 **vestieren. Die Grünen setzen klare Prioritäten für einen sozial gerechten und**  
9 **solide finanzierten Haushalt.**

#### 10 **Rüttgers Haushaltspolitik gescheitert**

##### 11 **Fast alle finanziellen Versprechen gebrochen**

12 Seit 2005 haben CDU und FDP nahezu alle finanziell bedeutsamen Versprechen gebro-  
13 chen. Statt die Haushalte zu konsolidieren, haben sie neue Rekordschulden aufgebaut.  
14 Statt für eine bessere Finanzierung der Landesaufgaben auf Bundesebene zu streiten,  
15 setzen sie sich für weitere Einnahmeverluste des Landes und der Kommunen zur Finan-  
16 zierung von Abwrackprämien und Steuergeschenken ein. Rüttgers Regierung hat in je-  
17 dem Jahr neue Schulden aufgehäuft. Selbst 2008, als die Steuereinnahmen sprudelten,  
18 haben sie mehr als eine Milliarde zusätzliche Schulden gemacht. Die Regierung, hat bei  
19 den Einkommen der Landesbediensteten (Polizisten, Lehrer, etc.) fast eine Milliarde ge-  
20 kürzt, massive Kürzungen gab es auch in den Bereichen sozialer Ausgleich und Ressour-  
21 censchutz. Die Zuschüsse für Busse und Bahnen wurden um dreistellige Millionenbeträge  
22 pro Jahr zusammengestrichen. Vor allem aber gibt es milliardenschwere Kürzungen bei  
23 den Kommunen.

##### 24 **Rekordverschuldung und trübe Zukunftsaussichten**

25 Trotzdem muss NRW am Ende des Jahres 2010 eine Rekordverschuldung von über 130  
26 Milliarden Euro und dramatische Aussichten für die Zukunft beklagen. Die vorgesehenen  
27 Steuerentlastungen der Bundesregierung führen jährlich zu einem Minus von mindestens  
28 600 Millionen Euro im Etat. Die gesamten Steuergeschenke, die FDP und Union im Bund  
29 umsetzen wollen, kosten die Landeskasse jährlich mehr als zwei Milliarden Euro.

30 Allein der Verzicht auf das Ende 2009 verabschiedete Steuerentlastungspaket würde  
31 NRW einen Einnahmeverlust von 885 Millionen Euro jährlich ersparen. Mit diesem Geld  
32 wäre ein Verzicht auf die bildungsfeindlichen Studiengebühren und die Kompensation der  
33 sozial ungerechten Kindertagesstättenbeiträge möglich.

##### 34 **Raubzug durch kommunale Kassen**

35 Das Land hat in 2008 im Vergleich zum Jahr 2004 8,2 Milliarden Euro oder 34 Prozent  
36 mehr an Steuern eingenommen. Die Ausgaben für die Städte und Kommunen stiegen im  
37 gleichen Zeitraum aber nur um 15 Prozent. Sie wurden also strukturell um mindestens  
38 1,3 Milliarden Euro schlechter gestellt als 2004. Die rote Linie für das politisch Verant-  
39 wortbare gegenüber der kommunalen Selbstverantwortung wurde von der Regierung  
40 Rüttgers damit überschritten. Sie trägt damit in hohem Maße zum Bankrott vieler Städte  
41 und Gemeinden in NRW bei. (Mehr zum Thema Städte und Gemeinden in NRW auf Seite  
42 25 und folgenden).

43

##### 44 **Schuldenregel soll von größten Schuldenbergen ablenken**

45 Die jetzt in der Föderalismuskommission von Bund und Ländern unter dem großen Beifall  
46 der FDP verabschiedete Schuldenbremse, ist eines der größten Täuschungsmanöver in  
47 der Geschichte der Finanzpolitik. In einer Zeit, in der der Bund in nur drei Jahren 250  
48 Milliarden Euro zusätzliche Schulden machen will, legt die neue Regel die Schulden auf  
49 allenfalls 10 Milliarden Euro fest. Ähnliches gilt für die einzelnen Bundesländer. Entweder  
50 ist diese Regel ein schlichtes Täuschungsmanöver oder es wird zum größten Sozialabbau  
51 in der Geschichte unseres Landes kommen.

## 1 **Grüne Haushaltspolitik**

2 Wir GRÜNE wollen, dass der Staat handlungs- und leistungsfähig bleibt. Dazu muss er  
3 über eine ausreichende, also den Aufgaben angemessene Einnahmehbasis verfügen, er  
4 muss effizient wirtschaften und seine Ausgaben dort senken, wo es ökologisch und sozial  
5 vertretbar ist. Nur so können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vermehrt  
6 Geld in Forschung, Bildung und Ausbildung, für sozialen Ausgleich, für die Förderung des  
7 Umwelt- und Klimaschutzes und für wirtschaftliche Innovationen fließen kann.

8 Wir halten es für vertretbar, Schulden für echte Zukunftsinvestitionen aufzunehmen. Die-  
9 jenigen, die diese Schulden bezahlen – nämlich spätere Generationen – müssen von die-  
10 sen Investitionen profitieren können. Investitionen in Elektromobilität statt Abwrackprä-  
11 mie, Ausbau der Ganztagschulen statt Turbo-Abi, Förderung der Gesundheitsdienstleis-  
12 tungen statt illegaler Pflgetourismus, Verbesserung des Verbraucherschutzes statt Erhalt  
13 von Monopolstrukturen, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Steuer- und Abgaben-  
14 aufkommen muss insbesondere für Länder und Kommunen deutlich gesteigert werden.  
15 Nicht nachhaltige Subventionen müssen abgebaut werden. Dabei setzen wir uns für eine  
16 Entlastung bei den Sozialabgaben im unteren Einkommensbereich durch einen degressi-  
17 ven Tarif und zugleich für eine Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen und Vermö-  
18 gen ein.

19 Wir setzen uns für eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfung ein, da sie zu mehr  
20 Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit führt. Wir wollen eine echte Verfolgung  
21 von betrügerischer Hinterziehung oder von rücksichtsloser Verschwendung des Steuer-  
22 geldes, statt einer Behandlung als „Kavaliersdelikt“.

### 23 **Modernisierungshilfen für Betriebe in Not**

24 Betrieben, die nur durch die Finanzkrise in Not geraten, strukturell aber gesund sind,  
25 muss mit Bürgschaften und anderen staatlichen Leistungen geholfen werden, die Krise  
26 zu bewältigen. Fördermittel und alle Finanzhilfen müssen unter dem Blickwinkel der Effi-  
27 zienz und unter Einbeziehung aller Kriterien der Nachhaltigkeit (Wirtschaft, Soziales,  
28 Umwelt) auf den Prüfstand gestellt werden. Sie müssen zielgerichtet auf die Modernisie-  
29 rung und die Erneuerung unserer Wirtschaft konzentriert werden und dürfen nicht zum  
30 Erhalt alter nicht überlebensfähiger Strukturen verwendet werden.

### 31 **Gegen Schattenhaushalte für mehr Transparenz**

32 Grüne setzen sich für mehr Transparenz bei der Haushaltsaufstellung und für eine effekti-  
33 ve Überwachung des Haushaltsvollzugs ein. Die zunehmende Einführung von Schatten-  
34 haushalten, z.B. für die Absicherung der Risiken der WestLB, erschweren die Übersicht  
35 über die tatsächliche Verschuldungslage des Landes.

36 Die volle Integration des Wohnungsbauvermögens in Höhe von dann knapp 18 Milliarden  
37 Euro in die NRW.Bank wird von uns entschieden abgelehnt. Dies führt zu weniger Kon-  
38 trollmöglichkeiten der Öffentlichkeit und bietet die Basis für mehr Finanzspekulationen zu  
39 Lasten des Wohnungsbauvermögens. Außerdem vergrößert sich auch der Spielraum für  
40 einen gigantischen Schattenhaushalt. Genau diese Art der Finanzierung war die Grundla-  
41 ge für die weltweiten Fehlspekulationen und die folgende uns noch immer hart treffende  
42 Wirtschafts- und Finanzkrise.

43 Wir wollen die Haushalts- und Finanzpolitik der Geschlechtergerechtigkeit verpflichten  
44 und wollen deshalb das „Genderbudgeting“ einführen. (Mehr zum Thema Genderbudge-  
45 ting auf Seite 98).

### 46 **Für Subventionsabbau und ökologische Lenkungsinstrumente**

47 Wir wollen die Steinkohlebeihilfen deutlich schneller absenken als die jetzige Landesre-  
48 gierung. Wir wollen überhöhte Förderungen (z.B. zugunsten der Landwirtschaftskammer)  
49 ebenso abschmelzen, wie die Ausnahmen vom Wasserentnahmeentgelt (z.B. für den  
50 Braunkohleabbau). Wir setzen uns für die Einführung einer Kiesabgabe ein, um den  
51 Raubbau an der Landschaft zu minimieren und gleichzeitig Mittel für die Bekämpfung der  
52 Folgen einzunehmen. Weitere Möglichkeiten zur Verringerung des Flächenverbrauchs  
53 sehen wir in der Einführung einer Versiegelungsabgabe und einer Entsiegelungsprämie.

## 1 **Steuereinnahmen verbessern**

2 Die Verbesserung der Steuereinnahmen ist eine zentrale Herausforderung, damit die  
3 staatlichen Aufgaben im notwendigen Maße erfüllt werden können. Hier sind Landes- und  
4 Bundespolitik auf das Engste miteinander verzahnt.

5 Die Bildungsausgaben in Deutschland müssen in den nächsten Jahren deutlich gesteigert  
6 werden, um den zentralen Herausforderungen unseres Landes gerecht werden zu kön-  
7 nen. Doch statt die Länder, denen dieser Politikbereich als zentrale Aufgabe zugewiesen  
8 wurde, mit mehr Geld auszustatten, werden diese durch die Steuergeschenke der  
9 schwarz-gelben Bundesregierung massiv weiter in ihren Handlungsmöglichkeiten einge-  
10 schränkt.

## 11 **Erträge aus Kapital- und Vermögen berücksichtigen**

12 Statt Steuergeschenke zu verteilen, müssen die Zukunftsausgaben insbesondere von  
13 jenen getragen werden, die über stärkere finanzielle Schultern verfügen und nicht anders  
14 herum. Nach den Plänen der Bundesregierung tragen Geringverdiener, Länder und Kom-  
15 munen die Last, damit Vermögende, große Unternehmen und Erben weniger Steuern  
16 zahlen müssen. Aus Grüner Sicht müssen stattdessen Erträge aus Kapital- und Vermögen  
17 deutlich stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

18 Der Bund sollte wieder die Möglichkeit der direkten Steuerung von eigenen Förderpro-  
19 grammen bekommen. Die verschiedenen staatlichen Ebenen müssen über dauerhafte  
20 und verlässliche Einnahme- und Steuerungskompetenzen verfügen. An dieser Stelle hat  
21 die Föderalismusreform unter maßgeblicher Mitwirkung der NRW-Landesregierung massiv  
22 versagt. Statt geeignete Steuerkompetenzen auf die Länder zu übertragen, wurde die  
23 Einnahmehasis noch weiter abgeschwächt und eine völlig wirklichkeitsfremde Schulden-  
24 regel eingeführt.

25 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermögenssteuer verfassungskonform reaktiviert, die  
26 Erbschaftsteuer auf eine breitere Einnahmehasis gestellt, und Finanzumsätze direkt be-  
27 steuert werden. Die Gewerbesteuer muss als wichtigste Einnahmehasis der Kommunen  
28 erhalten bleiben und zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer erweitert werden.

## 29 **Soli Ost in Bildungssoli umwandeln.**

30 Wir betrachten Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden.  
31 Um das Land und die Kommunen bei den wichtigen Bildungsaufgaben zu unterstützen,  
32 fordern wir, den Soli Ost in einen Bildungssoli umzuwandeln. Aus dem Solidaritätszu-  
33 schlag stehen überschüssige Einnahmen zur Verfügung. Diese soll der Bund nach Abzug  
34 der Altschuldenhilfe für die besonders finanzschwachen Länder in allen Ländern für Bil-  
35 dung einsetzen. Ab 2010 stehen Mittel in Höhe von 23 Mrd. Euro bis 2019 zur Verfügung.  
36 Für Nordrhein-Westfalen würde dies nach den üblichen Verteilungsschlüsseln eine Sum-  
37 me von etwa 5,06 Milliarden Euro – also etwa 500 Millionen Euro pro Jahr ausmachen.  
38 Wir wollen uns über den Bundesrat für einen solchen Bildungssoli einsetzen.

## 39 **Sparkassen als Motor der Finanzpolitik**

40 Sparkassen sind von grundlegender Bedeutung für eine wohnungsnahe Versorgung der  
41 Bevölkerung und der mittelständischen Wirtschaft. Sie sind der Motor einer dezentralen  
42 und nachhaltigen Finanzpolitik. Sie sind keine "Schön-Wetter-Banken", die ihre Angebote  
43 nur in Metropolen, aber nicht auf dem Land vorhalten oder ihren mittelständischen Part-  
44 nern nur in konjunkturell guten Zeiten zur Seite stehen. Insofern sind starke und leis-  
45 tungsfähige Sparkassen für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar.

46 Deshalb haben wir uns auch im Schulterschluss mit einem breiten gesellschaftlichen  
47 Bündnis vehement gegen die Versuche von CDU und FDP gewehrt, die Strukturmerkmale  
48 des nordrhein-westfälischen Sparkassensystems z. B. durch eine organisatorische Ver-  
49 zahnung einzelner Sparkassen mit der WestLB entscheidend zu verändern.

50 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die Sparkassen als ein besonderer  
51 Stabilitätsfaktor erwiesen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass im Zuge der massiven  
52 Einbrüche in der mittelständischen Wirtschaft auch Sparkassen zunehmend an ihre Belas-  
53 tungsgrenze gelangen werden. Insofern lehnen wir weitere finanzielle Forderungen an die

1 Sparkassen in Verbindung mit aktuell anstehenden WestLB-Rettungsaktionen eindeutig  
2 ab.

3 Eine zukunftsfähige Sparkassenstruktur erfordert einen Gremienzuschnitt, der dem Ver-  
4 waltungsrat eine substanzielle Kontrolltätigkeit ermöglicht. Dies ist zurzeit nicht uneinge-  
5 schränkt gegeben. Insofern fordern wir eine deutliche Stärkung der Kontrollrechte des  
6 Verwaltungsrates. Zudem wollen wir mehr Transparenz z. B. durch eine individuelle Ver-  
7 öffentlichung der Vorstandsvergütungen. Und wir wollen, dass Sparkassen beim Verbrau-  
8 cherschutz und auch beim Vertrieb nachhaltiger Produkte mehr tun. Da Sparkassen eine  
9 Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung des  
10 Gebäudebestands zufällt, erwarten wir, dass sie stärker als andere Institute die entspre-  
11 chenden KfW-Förderkredite anbieten.

### 12 **Konsolidierung des Landesbankensektors erreichen**

13 Wir treten für eine Konsolidierung des Landesbankensektors ein. Dabei wollen wir die  
14 Aufgaben der Förderpolitik vom sonstigen Bankengeschäft trennen. Neben diesem För-  
15 dergeschäft ist es aber erforderlich, den Sparkassen ein Dachinstitut zur Verfügung zu  
16 stellen, das jene Geschäfte abwickelt, die das Kerngeschäft eines regionalen  
17 Dienstleisters übersteigen, aber zum erforderlichen Leistungsangebot einer solchen Bank  
18 gehören müssen. Allerdings sollte die Vielzahl der Landesbanken nach und nach auf ein  
19 Institut reduziert werden. Dabei sind die bestehenden Risiken so abzusichern, dass sie  
20 das Zukunftsgeschäft der Sparkassen nicht belasten. Dazu gehört auch, dass die derzeit  
21 bestehenden zusätzlichen Alt-Risiken der WestLB vom Land NRW abgedeckt werden  
22 müssen, da die Sparkassen zu weiteren Rettungsschirmen nicht in der Lage sind. Es  
23 stünde dann ein Zusammenbruch ausgerechnet des ansonsten stabilen öffentlichen Ban-  
24 kensektors bevor. Unter diesem Zusammenbruch würden eine Vielzahl von Kleinsparerin-  
25 nen und -sparer und kleinere und mittlere Unternehmen leiden. Diese müssen für Verlus-  
26 te aus weltweiten Spekulationsgeschäften der WestLB büßen. Ein neues Sparkassen-  
27 Dachinstitut sollte sich auf das absolute Kerngeschäft beschränken.

28

#### 29 **Wir wollen:**

30

- 31 • **die Mittel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für einen ökologischen**
- 32 **Umbau und in Bildungs- und Chancengerechtigkeit investieren;**
- 33 • **Schulden nur dann vertreten, wenn dafür echte Zukunftsinvestitionen in**
- 34 **Bildung und Klimaverträglichkeit getätigt werden, wenn also unsere Kinder**
- 35 **und Enkel davon profitieren;**
- 36 • **verbesserte Steuereinnahmen zur Finanzierung der Staatsausgaben, die**
- 37 **insbesondere für Länder und Kommunen deutlich gesteigert werden müs-**
- 38 **sen. Subventionen, insbesondere umweltschädliche, müssen abgebaut**
- 39 **werden. Unter anderem soll der Soli Ost in einen Bildungssoli umgewandelt**
- 40 **werden.**
- 41 • **Betrieben, die nur durch die Finanzkrise in Not geraten, strukturell aber**
- 42 **gesund sind, mit Bürgschaften und anderen staatlichen Leistungen helfen,**
- 43 **die Krise zu bewältigen;**
- 44 • **mehr Transparenz bei der Haushaltsaufstellung, eine effektive Überwachung**
- 45 **des Haushaltsvollzugs und uns gegen die zunehmende Einführung von**
- 46 **Schattenhaushalten einsetzen.**

47

48

## 1 **4. Für lebendige und handlungsfähige Kommunen**

2 **Kommunen und ihre Unternehmen stehen für Gemeinwohlorientierung, Teilha-**  
3 **be, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität. Kommunen sind der Ort, an**  
4 **dem Bürgerbeteiligung, freiwilliges Engagement und Formen demokratischer**  
5 **Teilhabe unmittelbar gelebt und erfahren werden können. Deshalb stehen wir**  
6 **für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für mehr Bürgerbeteiligung**  
7 **und für starke Kommunen ein, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Leistungen**  
8 **der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung stellen. Diese herausragende**  
9 **Aufgabe können die Kommunen aber nur vor dem Hintergrund einer verlässli-**  
10 **chen Kommunalfinanzierung erbringen.**

### 11 **Städte und Gemeinden vor dem Abgrund**

12 Viele Kommunen in NRW konnten auch in den Zeiten des Konjunkturochs trotz massiver  
13 eigener Einsparbemühungen aufgrund ihrer Altschulden ihre Ausgaben nicht decken,  
14 sondern mussten weitere Kredite aufnehmen. Diese Situation hat die Landesregierung  
15 durch massive Eingriffe in die Kommunalfinanzierung verschärft. Für eine Rückführung  
16 von Schulden bestanden anders als in anderen Bundesländern dagegen in der Regel kei-  
17 ne Möglichkeiten. Dies traf insbesondere auf Kommunen in strukturschwachen Gebieten  
18 und mit langjährigen Nothaushalten zu. Gleichzeitig stehen die Kommunen in NRW vor  
19 einer dramatischen Finanzsituation. In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, der auf  
20 Bundesebene im Rahmen der Konjunkturprogramme beschlossenen Maßnahmen und der  
21 noch zu erwartenden Steuersenkungen der neuen Bundesregierung in Milliardenhöhe,  
22 wird es ab 2010 für die Kommunen in NRW zu drastischen Einnahmeeinbrüchen sowie zu  
23 Mehrausgaben durch gestiegene Soziallasten kommen.

24 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein  
25 besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleis-  
26 tungen und Hilfen für Menschen, die von der Krise betroffen sind. Besonders große Be-  
27 deutung haben soziale Leistungen für Langzeitarbeitslose, die Leistungen der Integration,  
28 der Bildung und der Betreuung von Kindern.

29 Die umfangreichen Investitionsmittel, die den Kommunen durch das Bundeskonjunktur-  
30 programm zur Verfügung stehen, sind nur ein erster Baustein, den Investitionsstau in  
31 den Kommunen aufzulösen. Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt  
32 werden, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, ohne sich durch die  
33 laufenden Kosten zusätzlich zu verschulden. Darüber hinaus kann das in der Verfassung  
34 verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung nur dann zum Tragen kommen, wenn  
35 auch ein Spielraum für freiwillige Aufgaben bleibt. Die Kommunen brauchen eine aus-  
36 kömmliche Finanzierung nach transparenten und verlässlichen Kriterien.

### 37 **Kommunalfreundliche Landesregierung**

38 CDU und FDP in NRW bilden die kommunalfreundlichste Landesregierung, die es je gab.  
39 Sie hat den Städten und Gemeinden eine Vielzahl zusätzlicher Lasten aufgebürdet und  
40 ihnen gleichzeitig Geld in gigantischer Höhe vorenthalten. Außerdem stranguliert die  
41 Kommunalaufsicht in den Händen des FDP-Innenministers die Kommunen mit einem  
42 wirklichkeitsfernen Haushaltsrecht und nimmt ihnen dadurch jeden Handlungsspielraum.

43 Die Haushalte der Kommunen brechen jetzt überall ein. Was zunächst vor allem die mitt-  
44 leren und größeren Städte in strukturschwächeren Räumen betraf, ist mittlerweile ein  
45 landesweites Phänomen. Allerdings droht in den strukturschwächeren Räumen – wie dem  
46 Ruhrgebiet oder dem Bergischen Land – jetzt die Überschuldung der Städte. Dies ist ne-  
47 ben der falschen Politik des Bundes zu einem überwiegenden Teil dem Raubzug der  
48 schwarz-gelben Landesregierung durch die kommunalen Kassen zuzuschreiben.

49 Die Liste der Eingriffe, mit der das Land den Kommunen Finanzmittel vorenthält, ist lang.  
50 So fällt die Grunderwerbssteuer jetzt vollständig dem Land zu. (minus 170 – 180 Millio-  
51 nen Euro pro Jahr). CDU und FDP haben die Beteiligung der Kommunen an den Einheits-  
52 lasten laut Verfassungsgericht extrem überzogen (minus 450 Millionen Euro in 2006).  
53 Das Land leitet die Kostenbeteiligung des Bundes am Ausbau der U3-Plätze im Kinder-  
54 betreuungsbereich nicht an die Kommunen weiter (minus 45 Millionen in 2009). Die Be-

1 teiligung des Landes an den Elternbeiträgen ist weggefallen (minus 84,5 Millionen Euro  
2 pro Jahr). Der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-  
3 Bezieherinnen und -Bezieher wird nur schleppend weitergeleitet (minus 220 Millionen  
4 Euro pro Jahr). Die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Investitionskosten für  
5 Krankenhäuser wurde verdoppelt (minus 110 Millionen Euro pro Jahr). Hinzu kommen  
6 Kürzungen für Zuschüsse für Busse und Bahnen insbesondere bei der Beförderung von  
7 Schülerinnen und Schülern und weitere Einzelmaßnahmen.

8 Alles in allem ist zu konstatieren, dass das Land die Kommunen Jahr für Jahr um mindes-  
9 tens etwa 1,5 Milliarden Euro schlechter stellt, als dies vor Regierungsantritt von CDU  
10 und FDP der Fall war. Bei einem Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes  
11 (GFG) von etwa 7,5 Milliarden Euro sind dies immerhin 20 Prozent. Angesichts der Tatsa-  
12 che, dass die kommunalen Kassenkredite jährlich um einen in dieser Höhe vergleichbaren  
13 Betrag ansteigen, wird deutlich, dass die kommunale Finanzkrise durch das aktive Regie-  
14 rungshandeln von CDU und FDP verursacht ist.

15 Hinzu kommt, dass von vielen Mehrbelastungen im Sozialbereich gerade jene Kommunen  
16 besonders betroffen sind, denen es ohnehin schon sehr schlecht geht. CDU und FDP ha-  
17 ben also mit ihrer Politik das soziale Gefälle zwischen den Städten noch massiv ver-  
18 schärft. Weitere Einnahmeverluste in Höhe von mindestens 400 Millionen pro Jahr müs-  
19 sen die Kommunen nach Angaben des Innenministeriums aufgrund der aktuellen Steuer-  
20 geschenke des Bundes verkraften. Die Kommunen in NRW stehen vor einer dramatischen  
21 Finanzsituation, denn zu den entzogenen Einnahmen kommen erhebliche Mehrausgaben  
22 durch gestiegene Soziallasten hinzu.

### 23 **Kassenkredite der Kommunen trotz Steuernehreinnahmen auf Rekordhoch**

24 Sichtbares Zeichen für die schlechte Finanzlage der Kommunen ist der neue Rekordstand  
25 bei den Kassenkrediten. (Kassenkredite dienen der Liquiditätssicherung der Kommunen  
26 und führen ähnlich wie der Dispokredit des Privathaushaltes zu hohen Zinsbelastungen).  
27 Die Höhe dieser Kredite aller Kommunen in NRW lag bei Regierungsantritt der Koalition  
28 noch bei 10,2 Milliarden Euro. Ende 2008 waren es bereits 14,8 Milliarden, und es ist da-  
29 von auszugehen, dass sie bis Mitte 2010 bei fast 20 Milliarden Euro liegen werden. Das  
30 ist eine Verdopplung in fünf Jahren. NRW ist mit etwa der Hälfte der gesamten Kassen-  
31 kredite absoluter trauriger Spitzenreiter in Deutschland.

### 32 **Finanzkollaps der Städte und Gemeinden stoppen**

33 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein  
34 besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleis-  
35 tungen und Hilfen für die von der Krise bedrohten und betroffenen Menschen. Besonders  
36 große Bedeutung haben in schwierigen Zeiten die sozialen Leistungen für Langzeitar-  
37 beitslose, die Leistungen der Integration, der Bildung und der Betreuung von Kindern.

38 Bund und Land müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder ge-  
39 recht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der Finanzierung der Soziallasten  
40 übernehmen. Gleichzeitig muss ein gerechtes Steuersystem eingeführt werden, dass die  
41 Reicheren stärker belastet, um notwendige Investitionen in Bildung, Betreuung und so-  
42 zialen Ausgleich finanzieren zu können.

43 Der kommunale Finanzausgleich muss so verändert werden, dass die Kommunen endlich  
44 einen Anteil aus den Gemeinschaftssteuern erhalten, der dem hohen Kommunalisie-  
45 rungsgrad von öffentlichen Aufgaben in NRW gerecht wird.

### 46 **Nothaushaltskommunen wieder handlungsfähig machen**

47 Auch in den Zeiten des Konjunkturhochs und trotz massiver Konsolidierungsbemühungen  
48 konnten viele Kommunen in NRW aufgrund ihrer Altschulden ihre Ausgaben nicht decken.  
49 Sie mussten zusätzlich weitere Kassenkredite aufnehmen, um ihre laufenden Aufgaben  
50 zu erfüllen. Dies traf insbesondere auf die Kommunen in strukturschwachen Gebieten  
51 und mit langjährigen Nothaushalten zu.

52 Statt mit drastischen kommunalaufsichtlichen Verfügungen die Lage oftmals noch zu ver-  
53 schlechtern, muss ein Maßnahmenpaket des Landes den Kommunen wieder Handlungs-  
54 perspektiven eröffnen. Gekoppelt an den Nachweis eigener Sparbemühungen muss eine

1 Altschuldenhilfe her. Wir wollen dazu ein Sondervermögen des Landes von zunächst fünf  
2 Milliarden Euro bilden, das durch eine Anleihe finanziert werden soll. Damit werden die  
3 kurzfristigen Kredite in langfristig abzubauenen Schulden umgewandelt. Es darf nicht  
4 sein, dass das Land sich hinter der kommunalen Selbstverwaltung verschanzt und aus-  
5 schließlich auf die Eigenbemühungen der Kommunen verweist. Denn etliche Kommunen  
6 aus den strukturschwachen Regionen des Ruhrgebiets und des Bergischen Dreiecks sind  
7 trotz intensivster Einsparanstrengungen nicht in der Lage, mittelfristig zu einem ausge-  
8 glichen Haushalt zu kommen. Einige von ihnen werden bei der Umstellung auf das „Neue  
9 Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) eine negative Eröffnungsbilanz vorlegen müssen  
10 und sind damit nach den Regeln der Gemeindeordnung überschuldet. Für viele andere  
11 Kommunen wird die Überschuldung spätestens in den nächsten zwei Jahren festzustellen  
12 sein.

### 13 **Förderung von finanzschwachen Kommunen in Ost und West sichern, Solidar-** 14 **lasten auf den Prüfstand stellen**

15 Die Regelungen des Solidarpakts II führen dazu, dass die Kommunen in NRW durch die  
16 erhöhte Gewerbesteuerumlage noch bis 2019 zu den Kosten der deutschen Einheit he-  
17 rangezogen werden. Damit zahlen auch Kommunen aus NRW – zumeist kassenkreditfi-  
18 nanziert – in den Strukturwandel von Kommunen in den neuen Bundesländern ein. Die  
19 Regelungen des Solidarpakts II müssen spätestens mit Wirkung des Jahres 2011 so ver-  
20 ändert werden, dass der Finanzlage von Kommunen mit vergleichbarer Finanz- und  
21 Strukturschwäche Rechnung getragen wird. Dazu gehört, dass die Kommunen in NRW in  
22 den kommenden Jahren schrittweise von Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der erhöh-  
23 ten Gewerbesteuerumlage entlastet werden.

### 24 **Für eine solidarische und zukunftsfähige Gemeindefinanzpolitik**

25 Wer die kommunale Handlungsfähigkeit und die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und  
26 Bürger nicht nur in Sonntagsreden im Munde führt, muss den Kommunen wieder die  
27 Kraft zur Selbsthilfe geben. Vor allem müssen die Kommunen eigene verbrieftete Einnah-  
28 memöglichkeiten erhalten. Das Land muss gesetzlich verpflichtet werden, in steuerlich  
29 besseren Zeiten Rücklagen für die Kommunen zu bilden. Das Gesamtvolumen für den  
30 Finanzausgleich zwischen dem Land und der Kommunen muss grundsätzlich nach trans-  
31 parenten und verlässlichen Kriterien abgeleitet und verteilt werden.

32 Wir Grüne treten dafür ein, dass das Land seine Regelungen zur Haushaltswirtschaft  
33 grundlegend überarbeitet. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Vorgaben wirt-  
34 schaftlich sinnvolles Verhalten der Kommunen weiterhin ermöglichen, sowie die Kommu-  
35 nen nicht von Förderprogrammen des Landes und des Bundes ausschließen. Die vom  
36 Verfassungsgericht festgestellten Überzahlungen bei den Kosten der deutschen Einheit  
37 müssen ohne Abzug erstattet werden. In Folge der Finanznot vieler Gemeinden haben  
38 etliche Kämmereien in NRW riskante Geldgeschäfte abgeschlossen, unter anderem, um  
39 an zinsgünstige Kredite zu kommen. Diese sogenannten Derivat- und Swap-  
40 Geldgeschäfte waren oftmals Teil einer kommunalen Kredit- und Zinsmanagement-  
41 Strategie. Gerade Kommunen mit großen Finanzierungsproblemen und hohen Kassen-  
42 kreditvolumen haben in der Vergangenheit auf diese Formen des Zinssicherungs-  
43 managements gesetzt. Doch die damit verbundenen Finanzprodukte der Banken sind mit  
44 erheblichen und oft auch wenig transparenten Risiken verbunden. Viele Städte in NRW  
45 haben dadurch Verluste in Millionen Höhe erlitten. Um dies in Zukunft zu verhindern, soll  
46 die Kommunalaufsicht derartig riskante Geldgeschäfte in Zukunft kontrollieren und gege-  
47 benenfalls verbieten. Ein transparentes Verfahren muss sicherstellen, dass es zu keiner  
48 Überzahlung mehr kommt.

49 Ein wichtiger Aspekt Grüner Finanzpolitik ist es, dass das Land die Regelungen zur Kon-  
50 nexität strikt einhält. Das heißt, es darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen  
51 finanziellen Ausgleich auf die Kommunen abwälzen. Dies gilt auch für Gesetze, die bereits  
52 in den Jahren 2005 bis 2008 beschlossen wurden, z.B. bei den Veränderungen bei Um-  
53 welt- und Versorgungsverwaltung.

54 Nicht zuletzt sollen die Sozialhilfeträger bei den Kosten für Eingliederungsmittel für Men-  
55 schen mit Behinderung durch ein Bundesteilhabegesetz entlastet werden.

1 **Fairer Umgang mit Kommunen**

2 Auf Landesebene setzen wir uns für einen Anteil an den Gemeinschaftssteuern ein, der  
3 dem Grad der Kommunalisierung von Aufgaben entspricht. Wir wollen den Kommunen,  
4 die aus eigener Kraft nicht mehr zu genehmigungsfähigen Haushalten kommen können,  
5 mit einem Sonderprogramm zur Entschuldung verhelfen. Dabei sollen diese Kommunen  
6 bei den Kosten für Zinsen und Tilgung von Altschulden entlastet werden. An diese Alt-  
7 schuldenhilfe müssen Bedingungen und der Nachweis von Eigenbemühungen geknüpft  
8 werden.

9 Wir wollen den bereits unter Rot-Grün eingeführten Regelungen zur Konnexität endlich  
10 Geltung verschaffen und auch im Bundesrecht entsprechende Regelungen durchsetzen.  
11 Es muss grundsätzlich gelten, dass das Land Bundesmittel für kommunale Aufgaben un-  
12 geschmälert weiterleitet. Die kommunalaufsichtlichen Regelungen dürfen nicht länger  
13 wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Handeln der Kommunen behindern.

14

15

**Wir wollen:**

16

17

- **die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und treten für mehr Bürgerbeteiligung und starke Kommunen ein, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung stellen;**
- **eine Altschuldenhilfe;**
- **eine verlässliche Finanzierung der Kommunen;**
- **den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen neu und transparent ordnen;**
- **dass das Land und der Bund das Konnexitätsprinzip einhält, also die Kosten dafür trägt, wenn es Aufgaben an die Kommunen überträgt.**
- **durch die vollständige Trennung von Energie-Erzeugung und Liefernetzen, Anreize für die Modernisierung der Netze schaffen und damit den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien ermöglichen.**

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29